

# Zusammenfassende Dokumentation

Änderung der Psychotherapie-Richtlinie (PT-RL):  
Anpassungen infolge des Psychotherapeutengesetzes und  
weitere Änderungen

Vom 31. Oktober 2024

Unterausschuss Psychotherapie und psychiatrische Versorgung  
des Gemeinsamen Bundesausschusses

Korrespondenzadresse:

Gemeinsamer Bundesausschuss

Abteilung Methodenbewertung und Veranlasste Leistungen

Postfach 12 06 06

10596 Berlin

Tel.: +49 (0)30 – 275 838 - 0

Internet: [www.g-ba.de](http://www.g-ba.de)

## Inhalt

<b>A</b>	<b>Beschluss und Tragende Gründe</b> .....	<b>5</b>
<b>A-1</b>	<b>Prüfung durch das BMG gemäß § 94 Absatz 1 SGB V</b> .....	<b>5</b>
<b>B</b>	<b>Dokumentation des gesetzlich vorgeschriebenen Stellungnahmeverfahrens</b> .....	<b>5</b>
<b>B-1</b>	<b>Stellungnahmeberechtigte Institutionen/Organisationen</b> .....	<b>5</b>
<b>B-2</b>	<b>Einleitung und Terminierung des Stellungnahmeverfahrens</b> .....	<b>5</b>
<b>B-3</b>	<b>Allgemeine Hinweise für die Stellungnehmer</b> .....	<b>5</b>
<b>B-4</b>	<b>Institutionen/Organisationen, denen Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben wurde</b> .....	<b>6</b>
<b>B-5</b>	<b>Unterlagen des Stellungnahmeverfahrens</b> .....	<b>6</b>
<b>B-6</b>	<b>Schriftliche Stellungnahmen</b> .....	<b>6</b>
B-6.1	Auswertung der fristgerecht eingegangenen Stellungnahmen von stellungnahmeberechtigten Organisationen/Institutionen .....	6
B-6.2	Auswertung von verfristet eingegangenen Stellungnahmen von stellungnahmeberechtigten Organisationen/Institutionen .....	6
<b>B-7</b>	<b>Mündliche Stellungnahmen</b> .....	<b>6</b>
<b>B-8</b>	<b>Würdigung der Stellungnahmen</b> .....	<b>6</b>
<b>C</b>	<b>Anlagen</b> .....	<b>7</b>
<b>C-1</b>	<b>Unterlagen des Stellungnahmeverfahrens</b> .....	<b>7</b>
C-1.1	Beschlussentwurf, der in das Stellungnahmeverfahren gegeben wurde .....	7
C-1.2	Tragende Gründe, die in das Stellungnahmeverfahren gegeben wurden .....	7
<b>C-2</b>	<b>Darstellung der Änderungen im Richtlinien-Fließtext</b> .....	<b>7</b>
<b>C-3</b>	<b>Schriftliche Stellungnahmen der BÄK</b> .....	<b>7</b>
<b>C-4</b>	<b>Schriftliche Stellungnahmen der BPtK</b> .....	<b>7</b>
<b>C-5</b>	<b>Tabelle zur Auswertung der Stellungnahmen</b> .....	<b>7</b>
<b>C-6</b>	<b>Prüfung durch das BMG gemäß § 94 Abs. 1 SGB V</b> .....	<b>7</b>
<b>C-7</b>	<b>Beschluss (BANz AT 31.10.2024 B5)</b> .....	<b>7</b>
<b>C-8</b>	<b>Tragende Gründe</b> .....	<b>7</b>

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Abkürzung</b>	<b>Bedeutung</b>
BÄK	Bundesärztekammer
BAnz	Bundesanzeiger
BPtK	Bundespsychotherapeutenkammer
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
G-BA	Gemeinsamer Bundesausschuss
PsychThG	Psychotherapeutengesetz
PT-RL	Psychotherapie-Richtlinie
RL	Richtlinie
SGB V	Fünftes Buch Sozialgesetzbuch
UA PPV	Unterausschuss Psychotherapie und psychiatrische Versorgung
VerfO	Verfahrensordnung des G-BA
WBP	Wissenschaftlicher Beirat Psychotherapie

## **A Beschluss und Tragende Gründe**

Der Beschluss zur Änderung der Psychotherapie-Richtlinie und die Tragenden Gründe zum Beschluss sind im Kapitel C und C abgebildet.

### **A-1 Prüfung durch das BMG gemäß § 94 Absatz 1 SGB V**

Die Prüfung durch das BMG gemäß § 94 Absatz 1 SGB V wird nach Beschlussfassung veranlasst. Nach Vorliegen des Prüfergebnisses ist dieses in Kapitel C abgebildet.

## **B Dokumentation des gesetzlich vorgeschriebenen Stellungnahmeverfahrens**

### **B-1 Stellungnahmeberechtigte Institutionen/Organisationen**

Der UA PPV hat am 2. Juli 2024 im schriftlichen Verfahren den in Kapitel B-4 aufgeführten Institutionen/Organisationen gemäß 1. Kapitel 3. Abschnitt Verfo Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme für dieses Beschlussvorhaben erteilt.

Folgenden Organisationen ist Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme zu geben:

- Bundesärztekammer gemäß § 91 Absatz 5 SGB V sowie
- Bundespsychotherapeutenkammer gemäß § 91 Absatz 5 SGB V.

### **B-2 Einleitung und Terminierung des Stellungnahmeverfahrens**

Der UA PPV beschloss im schriftlichen Verfahren am 2. Juli 2024 die Einleitung des Stellungnahmeverfahrens. Die Unterlagen (siehe Kapitel C) wurden den Stellungnahmeberechtigten am 2. Juli 2024 übermittelt. Es wurde Gelegenheit für die Abgabe von Stellungnahmen innerhalb von zwei Wochen nach Übermittlung der Unterlagen gegeben. Mit der auf 14 Tage verkürzten Stellungnahmefrist soll eine möglichst zügige Synchronisierung der Psychotherapie-Richtlinie mit der Psychotherapie-Vereinbarung, in der die Umsetzung bereits erfolgt ist, gewährleistet werden.

### **B-3 Allgemeine Hinweise für die Stellungnehmer**

Die Stellungnahmeberechtigten wurden darauf hingewiesen,

- dass die übersandten Unterlagen vertraulich behandelt werden müssen und ihre Stellungnahmen nach Abschluss der Beratungen vom G-BA veröffentlicht werden können,
- dass jedem, der gesetzlich berechtigt ist, zu einem Beschluss des G-BA Stellung zu nehmen, soweit er eine schriftliche Stellungnahme abgegeben hat, in der Regel auch Gelegenheit zu einer mündlichen Stellungnahme zu geben ist.
- dass bei nicht fristgerechtem Eingang einer schriftlichen Stellungnahme die Möglichkeit besteht, dass diese nicht mehr ausgewertet wird und in diesem Fall keine Einladung zur Anhörung erfolgt.

#### **B-4 Institutionen/Organisationen, denen Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben wurde**

In der nachfolgenden Tabelle sind die Institutionen/Organisationen, denen Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gegeben wurde, aufgelistet und sofern eine solche abgegeben wurde, wurde dies unter Angabe des Eingangsdatums vermerkt.

<b>Stellungnahmeberechtigte</b>	<b>Eingang der Stellungnahme</b>
Bundesärztekammer	16.07.2024
Bundespsychotherapeutenkammer	16.07.2024

#### **B-5 Unterlagen des Stellungnahmeverfahrens**

Die Unterlagen des Stellungnahmeverfahrens sind in Kapitel C abgebildet.

#### **B-6 Schriftliche Stellungnahmen**

Die Volltexte der schriftlichen Stellungnahmen sind in Kapitel C abgebildet.

##### **B-6.1 Auswertung der fristgerecht eingegangenen Stellungnahmen von stellungnahmeberechtigten Organisationen/Institutionen**

In Kapitel C finden Sie die Auswertung der fristgerecht eingegangenen Stellungnahmen der stellungnahmeberechtigten Organisationen / Institutionen. In der Tabelle sind keine Ausführungen abgebildet, die lediglich die zur Stellungnahme gestellten Inhalte wiedergeben oder die das Stellungnahmeverfahren selbst beschreiben.

##### **B-6.2 Auswertung von verfristet eingegangenen Stellungnahmen von stellungnahmeberechtigten Organisationen/Institutionen**

Es sind keine Stellungnahmen verfristet eingegangen.

#### **B-7 Mündliche Stellungnahmen**

Alle stellungnahmeberechtigten Organisationen/Institutionen, die eine schriftliche Stellungnahme abgegeben haben, haben auf die Teilnahme an einer Anhörung verzichtet.

#### **B-8 Würdigung der Stellungnahmen**

Die Würdigung der Stellungnahmen ist in den Tragenden Gründen (siehe Kapitel C) abgebildet.

## **C Anlagen**

### **C-1 Unterlagen des Stellungnahmeverfahrens**

**C-1.1 Beschlussentwurf, der in das Stellungnahmeverfahren gegeben wurde**

**C-1.2 Tragende Gründe, die in das Stellungnahmeverfahren gegeben wurden**

**C-2 Darstellung der Änderungen im Richtlinien-Fließtext**

**C-3 Schriftliche Stellungnahmen der BÄK**

**C-4 Schriftliche Stellungnahmen der BPtK**

**C-5 Tabelle zur Auswertung der Stellungnahmen**

**C-6 Prüfung durch das BMG gemäß § 94 Abs. 1 SGB V**

**C-7 Beschluss (BAanz AT 31.10.2024 B5)**

**C-8 Tragende Gründe**

# Beschlussentwurf

## des Gemeinsamen Bundesausschusses über eine Änderung der Psychotherapie-Richtlinie: Anpassungen infolge des Psychotherapeutengesetzes und weitere Änderungen

Vom T. Monat JJJJ

Der Gemeinsame Bundesausschuss hat in seiner Sitzung am T. Monat JJJJ beschlossen, die Psychotherapie-Richtlinie in der Fassung vom 19. Februar 2009 (BAnz, S. 1399), die zuletzt durch die Bekanntmachung des Beschlusses vom 21. März 2024 (BAnz AT 18.06.2024 B3) geändert worden ist, wie folgt zu ändern:

I. Die Richtlinie wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 2 werden nach den Wörtern „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut,“ die Wörter „die Fachpsychotherapeutin für Erwachsene oder der Fachpsychotherapeut für Erwachsene oder die Fachpsychotherapeutin für Kinder und Jugendliche oder der Fachpsychotherapeut für Kinder und Jugendliche,“ eingefügt.
2. § 20 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst: „1. Feststellung des wissenschaftlichen Beirats gemäß § 8 des Psychotherapeutengesetzes, dass das Verfahren wissenschaftlich anerkannt ist“.
  - b) In Absatz 2 und 3 wird jeweils die Angabe „§ 11“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.
3. In § 25 Absatz 1 werden die Wörter „zwischen der Patientin oder dem Patienten und der Therapeutin oder dem Therapeuten“ durch die Wörter „mit der Patientin oder dem Patienten“ ersetzt.
4. In § 32 Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Therapeuten“ die Wörter „nach Absatz 1“ eingefügt.
5. In § 32 Absatz 1 Satz 1 und § 35 Satz 7 werden jeweils nach den Wörtern „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut“ die Wörter „oder die Fachpsychotherapeutin für Erwachsene oder der Fachpsychotherapeut für Erwachsene oder die Fachpsychotherapeutin für Kinder und Jugendliche oder der Fachpsychotherapeut für Kinder und Jugendliche“ eingefügt.
6. § 36 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Satz 1 wird nach den Wörtern „Psychologische Psychotherapeuten“ das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach den Wörtern „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten“ die Wörter „sowie Fachpsychotherapeutinnen für Erwachsene oder Fachpsychotherapeuten für Erwachsene, Fachpsychotherapeutinnen für Kinder und Jugendliche oder Fachpsychotherapeuten für Kinder und Jugendliche“ eingefügt.



- b) In Absatz 1 werden die Sätze 2 und 3 aufgehoben.
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 1 werden nach den Wörtern „Psychotherapien mit Kindern und Jugendlichen“ die Wörter „oder die Anerkennung als Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeut im Gebiet der Psychotherapie für Erwachsene für die Begutachtung von Psychotherapien mit Erwachsenen oder die Anerkennung als Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeut im Gebiet der Psychotherapie für Kinder und Jugendliche für die Begutachtung von Psychotherapien für Kinder und Jugendliche,“ eingefügt.
- bb) In Nummer 2 werden nach den Wörtern „eine abgeschlossene Weiterbildung für Ärztinnen und Ärzte“ die Wörter „sowie für Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten“ eingefügt sowie die Angabe „§ 6 Absatz 4“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 4 oder § 4 Absatz 4“ ersetzt.
- cc) In Nummer 4 werden die Angabe „§ 6“ durch die Angabe „§ 28“ ersetzt, die Wörter „an einem zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsverbund“ durch die Wörter „an einer zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsstätte“ ersetzt, die Wörter „(Ärztinnen und Ärzte mit Befugnis zur gemeinsamen Weiterbildung)“ gestrichen sowie nach den Wörtern „Bescheinigung der Ärztekammer“ die Wörter „oder der Psychotherapeutenkammer“ eingefügt.
- d) Absatz 6 wird aufgehoben.
7. In § 40 Nummer 2 werden die Wörter „an einem zur Weiterbildung in den in § 36 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsverbund“ durch die Wörter „an einer zur Weiterbildung in den in § 36 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsstätte“ ersetzt und die Wörter „(Ärztinnen und Ärzte mit Befugnis zur gemeinsamen Weiterbildung)“ gestrichen.
8. § 41 wird aufgehoben.
9. Die bisherigen §§ 42 und 43 werden die § 41 und § 42.
10. In § 1 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2, 3, 8 Satz 1, § 11 Absatz 6 und 13, § 21 Absatz 1 Nummer 2 Satz 2 und 3, § 22 Absatz 2 sowie § 34 Absatz 1 Satz 2 und 6 wird jeweils das Wort „Therapeutinnen“ durch das Wort „Psychotherapeutinnen“ ersetzt.
11. In § 1 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2, 3, 8 Satz 1, § 4 Absatz 4 Nummer 1 und 2, § 11 Absatz 4, 6, 11, 12, 13, § 12 Absatz 4 Satz 4, § 21 Absatz 1 Nummer 2 Satz 2 und 3, § 22 Absatz 2, § 27 Absatz 2 Nummer 1a, § 32 Absatz 2 Satz 1 und 2 sowie § 34 Absatz 1 Satz 2 und 6 wird jeweils das Wort „Therapeuten“ durch das Wort „Psychotherapeuten“ ersetzt.
12. In § 1 Absatz 8 Satz 1 und 3, § 4 Absatz 4 Nummer 1 und 2, § 11 Absatz 2, 4, 9 10, 11 und 12, § 12 Absatz 1 Satz 4 und Absatz 4 Satz 4, § 14 Absatz 1 Satz 2, § 21 Absatz 1 Nummer 2 Satz 4, § 27 Absatz 2 Nummer 1a, § 28 Absatz 1, § 32 Absatz 2 Satz 1 und 2 sowie § 33 wird jeweils das Wort „Therapeutin“ durch das Wort „Psychotherapeutin“ ersetzt.
13. In § 1 Absatz 8 Satz 3, § 4 Absatz 4 Nummer 1, § 11 Absatz 2, 9 und 10, § 12 Absatz 1 Satz 4, § 14 Absatz 1 Satz 2, § 21 Absatz 1 Nummer 2 Satz 4, § 28 Absatz 1 sowie § 33 wird jeweils das Wort „Therapeut“ durch das Wort „Psychotherapeut“ ersetzt.

14. In § 1 Absatz 2 und 3, § 34 Absatz 4, § 35 Satz 3 und § 36 Absatz 3 Nummer 2 werden jeweils die Wörter „zuletzt geändert am 15. September 2021 und in Kraft getreten am 1. Oktober 2021“ durch die Wörter „zuletzt geändert am 7. März 2024 und in Kraft getreten am 1. Juli 2024“ ersetzt.
- II. Die Änderung der Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Die Tragenden Gründe zu diesem Beschluss werden auf den Internetseiten des Gemeinsamen Bundesausschusses unter [www.g-ba.de](http://www.g-ba.de) veröffentlicht.

Berlin, den T. Monat JJJ

Gemeinsamer Bundesausschuss  
gemäß § 91 SGB V  
Der Vorsitzende

Prof. Hecken

# Tragende Gründe

zum Beschlussentwurf des Gemeinsamen Bundesausschusses  
über eine Änderung der Psychotherapie-Richtlinie:  
Anpassungen infolge des Psychotherapeutengesetzes und  
weitere Änderungen

Vom T. Monat JJJJ

## Inhalt

1.	Rechtsgrundlage.....	2
2.	Eckpunkte der Entscheidung.....	2
2.1	Anpassungen infolge des geänderten Psychotherapeutengesetzes .....	2
2.2	Weitere Anpassungen .....	3
3.	Würdigung der Stellungnahmen .....	4
4.	Bürokratiekostenermittlung .....	4
5.	Verfahrensablauf .....	4
6.	Fazit.....	5

## **1. Rechtsgrundlage**

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) regelt gemäß § 92 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB V i.V.m. § 92 Absatz 6a Satz 1 SGB V das Nähere über die psychotherapeutisch behandlungsbedürftigen Krankheiten, die zur Krankenbehandlung geeigneten Verfahren, das Antrags- und Gutachterverfahren, die probatorischen Sitzungen sowie über Art, Umfang und Durchführung der Behandlung.

Gemäß 1. Kapitel § 7 Absatz 4 der Verfahrensordnung des Gemeinsamen Bundesausschusses (VerfO) soll der G-BA zudem im Rahmen seiner Beobachtungspflicht überprüfen, welche Auswirkungen seine Entscheidungen haben und begründeten Hinweisen nachgehen, dass die Entscheidungen nicht mehr mit dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse übereinstimmen.

## **2. Eckpunkte der Entscheidung**

Mit dem am 15. November 2019 beschlossenen und am 1. September 2020 in Kraft getretenen Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung wurde das Gesetz über den Beruf der Psychotherapeutin und des Psychotherapeuten (Psychotherapeutengesetz – PsychThG) grundlegend überarbeitet und die Aus- und Weiterbildung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten reformiert. Ein insgesamt fünfjähriges Direktstudium wird mit einer staatlichen psychotherapeutischen Prüfung abgeschlossen. Die Approbation (Erlaubnis zur Behandlung) wird bei bestandener Prüfung erteilt und befähigt zu einer fachpsychotherapeutischen Weiterbildung nach Weiterbildungsordnung der zuständigen Landespsychotherapeutenkammer. Dadurch ist die neue Berufsgruppe der Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten entstanden. Die Psychotherapie-Richtlinie wird an die einschlägigen Änderungen des Psychotherapeutengesetzes angepasst.

Im Zuge der Novellierung des Psychotherapeutengesetzes wird im Bereich der Psychotherapie von approbierten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gemäß § 1 Absatz 1 Satz 1 PsychThG künftig eine mindestens fünfjährige Weiterbildung zur Fachpsychotherapeutin bzw. zum Fachpsychotherapeuten auf einem der Gebiete „Psychotherapie für Kinder und Jugendliche“ oder „Psychotherapie für Erwachsene“ absolviert (Muster-Weiterbildungsordnung Psychotherapeut\*innen in der Fassung vom 24. April 2021, zuletzt geändert am 18. und 19. November 2022). Die neue Berufsgruppe wird zusätzlich zu den ärztlichen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie den Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten und Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in die Psychotherapie-Richtlinie (PT-RL) aufgenommen. Zudem werden sprachliche Anpassungen an das aktuelle Weiterbildungsrecht und PsychThG vorgenommen.

### **2.1 Anpassungen infolge des geänderten Psychotherapeutengesetzes**

Die neue Berufsgruppe der Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten wird in die §§ 1, 32, 35 und 36 aufgenommen.

Der Begriff „Therapeutin/Therapeut“ wird durch den Begriff „Psychotherapeutin/Psychotherapeut“ ersetzt. Grundlage dafür ist die gesetzlich geschützte Berufsbezeichnung „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“ nach § 1 Absatz 1 PsychThG, die auch von entsprechend weitergebildeten Ärztinnen und Ärzten, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten sowie Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verwendet werden kann. Abweichend von der

Definition im § 1 Absatz 1 PsychThG, wonach das Führen der Berufsbezeichnung der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten mit Approbation möglich ist, werden in dieser Richtlinie nur diejenigen vom Begriff „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“ umfasst, die über die Genehmigung zur Ausführung und Abrechnung psychotherapeutischer Leistungen nach § 15 PT-RL als persönliche Leistung verfügen.

Die Verweise in § 20 auf das geänderte Psychotherapeutengesetz vom 15. November 2019, in Kraft getreten am 1. September 2020, werden angepasst.

Die Formulierung in § 20 Absatz 1 wird sprachlich vereinfacht, es erfolgt keine inhaltliche Änderung. Zentral ist, wie bisher, die wissenschaftliche Anerkennung als Psychotherapieverfahren durch den wissenschaftlichen Beirat nach § 8 des PsychThG als Voraussetzung für eine Anerkennung eines neuen Psychotherapieverfahrens im Sinne der PT-RL. Beratungen über eine mögliche Anpassung der Richtlinie aufgrund der Ergänzung in § 92 Absatz 6a Satz 2 SGB V durch das Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (BGBl. I 2021, S754) werden zeitnah aufgrund des vom hiesigen Beratungsgegenstand abgrenzbaren Regelungsgehalts aufgenommen.

## **2.2 Weitere Anpassungen**

Sämtliche Verweise in der Psychotherapie-Richtlinie auf die Psychotherapie-Vereinbarung werden aufgrund der geänderten Fassung der Psychotherapie-Vereinbarung vom 7. März 2024, in Kraft getreten am 1. Juli 2024, angepasst.

In § 25 wird eine sprachliche Anpassung vorgenommen, eine inhaltliche Änderung erfolgt nicht. Verbale Interventionen können im Rahmen der Psychosomatischen Grundversorgung, wie bisher auch, nur von Ärztinnen und Ärzten durchgeführt werden.

Mit der Änderung in § 32 Absatz 1 wird klargestellt, dass neben den Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeutinnen auch Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten für Erwachsene oder Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten für Kinder und Jugendliche dazu verpflichtet sind, vor Beginn der Richtlinienpsychotherapie einen Konsiliarbericht einzuholen (§ 28 Absatz 3 Satz 3 SGB V). Ärztliche Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können bei Bedarf einen Konsiliarbericht von einem Konsiliararzt anfordern, sind dazu aber nicht verpflichtet.

Die Übergangsregelung bezüglich der Qualifikation von Gutachterinnen und Gutachtern in § 36 Absatz 1 Satz 2 und 3 wird gestrichen, da der entsprechende Bestellzeitraum abgelaufen ist.

In § 36 Absatz 3 Nummer 4 und § 40 Nummer 2 wird der Begriff „Weiterbildungsverbund“ durch den Begriff „Weiterbildungsstätte“ ersetzt und der Klammerzusatz gestrichen. Dies entspricht der aktuellen Bezeichnung sowohl in der „Muster-Weiterbildungsordnung Psychotherapeut\*innen“ in der Fassung vom 24. April 2021 (zuletzt geändert am 18. und 19. November 2022) als auch in der „(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018“ der Ärztinnen und Ärzte in der Fassung vom 29.06.2023. Vom Begriff der Weiterbildungsstätte sind alle für die Weiterbildung zugelassenen Einrichtungen gemäß § 13 Muster-Weiterbildungsordnung Psychotherapeut\*innen bzw. gemäß § 6 (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 der Ärztinnen und Ärzte umfasst. Dies schließt auch weiterhin sogenannte Weiterbildungsverbünde (gemeinsame Erteilung der Weiterbildungsbefugnis nach § 11 Absatz 5 Muster-Weiterbildungsordnung Psychotherapeut\*innen bzw. nach § 5 Absatz 4 (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 der Ärztinnen und Ärzte) ein.

Der Evaluationsauftrag in § 41 gemäß Beschluss vom 16. Juli 2015 wird gestrichen, da dieser abgeschlossen ist.

### 3. Würdigung der Stellungnahmen

Der Regelungsgegenstand beinhaltet im Wesentlichen die sprachliche Umsetzung einer rechtlichen Vorgabe aus dem Psychotherapeutengesetz. Mit der auf 14 Tage verkürzten Stellungnahmefrist soll eine möglichst zügige Synchronisierung der Psychotherapie-Richtlinie mit der Psychotherapie-Vereinbarung, in der die Umsetzung bereits erfolgt ist, gewährleistet werden.

### 4. Bürokratiekostenermittlung

### 5. Verfahrensablauf

Datum	Gremium	Beratungsgegenstand/Verfahrensschritt
05.03.2024	UA PPV	Einrichtung der AG PT-RL und Beauftragung dieser mit Anpassungen der PT-RL infolge des Psychotherapeutengesetzes
02.07.2024	UA PPV	UA PPV, schriftlicher Beschluss: Einleitung des Stellungnahmeverfahrens (Stellungnahmefrist: 14 Tage)
30.07.2024	UA PPV	Mündliche Anhörung und abschließende Beratung zur Vorbereitung der Beschlussfassung durch das Plenum
15.08.2024	G-BA	Abschließende Beratungen und Beschluss über eine Änderung der Psychotherapie-Richtlinie
TT.MM.JJJJ		Mitteilung des Ergebnisses der gemäß § 94 Absatz 1 SGB V erforderlichen Prüfung des Bundesministeriums für Gesundheit
TT.MM.JJJJ		Veröffentlichung im Bundesanzeiger
TT.MM.JJJJ		Inkrafttreten

## 6. Fazit

Berlin, den T. Monat JJJJ

Gemeinsamer Bundesausschuss  
gemäß § 91 SGB V  
Der Vorsitzende

Prof. Hecken

## **Richtlinie über die Durchführung der Psychotherapie (Psychotherapie-Richtlinie): Anpassungen infolge des Psychotherapeutengesetzes und weitere Änderungen**

[...]

<sup>1</sup>Die vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) gemäß § 92 Absatz 6a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) beschlossene Richtlinie dient der Sicherung einer den gesetzlichen Erfordernissen entsprechenden ausreichenden, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Psychotherapie der Versicherten und ihrer Angehörigen in der vertragsärztlichen Versorgung zu Lasten der Krankenkassen. <sup>2</sup>Zur sinnvollen Verwendung der Mittel ist die folgende Richtlinie zu beachten. <sup>3</sup>Sie dient als Grundlage für Vereinbarungen, die zur Durchführung von Psychotherapie in der vertragsärztlichen Versorgung zwischen den Vertragspartnern abzuschließen sind.

### **A. Allgemeines**

#### **§ 1 Psychotherapie als Leistung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)**

(1) <sup>1</sup>Gegenstand dieser Richtlinie sind psychotherapeutische Leistungen, die zu Lasten der Krankenkassen erbracht werden können. <sup>2</sup>Psychotherapeutische Leistungen können von Therapeutinnen Psychotherapeutinnen und Therapeuten Psychotherapeuten nach Absatz 2 im Rahmen dieser Richtlinie erbracht werden, soweit und solange eine seelische Krankheit (siehe § 2) vorliegt. <sup>3</sup>Als Richtlinientherapie im engeren Sinne gelten die Psychotherapieverfahren nach § 15. <sup>4</sup>Psychotherapeutische Sprechstunden nach § 11, Gruppenpsychotherapeutische Grundversorgung nach § 11a, Probatorische Sitzungen nach § 12, Psychotherapeutische Akutbehandlung nach § 13 und die Psychosomatische Grundversorgung nach Abschnitt C werden nicht der Richtlinientherapie zugerechnet.

(2) Therapeutinnen Psychotherapeutinnen und Therapeuten Psychotherapeuten im Sinne dieser Richtlinie sind entsprechend der jeweiligen fachlichen Befähigung die ärztliche Psychotherapeutin oder der ärztliche Psychotherapeut, die ärztliche Kinder- und Jugendpsychotherapeutin oder der ärztliche Kinder- und Jugendpsychotherapeut, die Psychologische Psychotherapeutin oder der Psychologische Psychotherapeut oder die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin oder der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut, die Fachpsychotherapeutin für Erwachsene oder der Fachpsychotherapeut für Erwachsene oder die Fachpsychotherapeutin für Kinder und Jugendliche oder der Fachpsychotherapeut für Kinder und Jugendliche, die gemäß der Psychotherapie-Vereinbarung in der Fassung vom 2. Februar 2017, ~~zuletzt geändert am 15. September 2021 und in Kraft getreten am 1. Oktober 2021~~ zuletzt geändert am 7. März 2024 und in Kraft getreten am 1. Juli 2024, über die Genehmigung zur Ausführung und Abrechnung psychotherapeutischer Leistungen nach § 15 als persönliche Leistung verfügen.

(3) Leistungen dieser Richtlinie mit Ausnahme der psychosomatischen Grundversorgung nach Abschnitt C können nur von Therapeutinnen Psychotherapeutinnen und Therapeuten Psychotherapeuten erbracht werden, die über eine Genehmigung gemäß der Psychotherapie-Vereinbarung in der Fassung vom 2. Februar 2017, ~~zuletzt geändert am 15. September 2021 und in Kraft getreten am 1. Oktober 2021~~ zuletzt geändert am 7. März 2024 und in Kraft getreten am 1. Juli 2024, zur Ausführung und Abrechnung psychotherapeutischer Leistungen nach § 15 als persönliche Leistung verfügen.

(4) <sup>1</sup>Im Sinne dieser Richtlinie sind Kinder Personen, die noch nicht 14 Jahre alt sind und Jugendliche Personen, die 14 Jahre, aber noch nicht 21 Jahre alt sind. <sup>2</sup>Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie ist ausnahmsweise auch dann zulässig, wenn zur Sicherung des Therapieerfolgs bei Jugendlichen eine vorher mit Mitteln der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie begonnene psychotherapeutische Behandlung erst nach Vollendung des 21. Lebensjahres



abgeschlossen werden kann.<sup>3</sup> Grundsätzlich haben Patientinnen und Patienten ab 18 Jahren Anspruch auf eine Erwachsenentherapie.<sup>4</sup> In diesen Fällen gelten die Regelungen für Erwachsene.<sup>5</sup> Im Sinne dieser Richtlinie umfasst die Bezeichnung „Menschen mit einer geistigen Behinderung“ Personen, bei denen eine Diagnose entsprechend des Abschnitts Intelligenzstörung (F70-F79) nach ICD-10 vorliegt.

(5) <sup>1</sup>Psychotherapie ist keine Leistung der GKV und gehört nicht zur vertragsärztlichen Versorgung, wenn sie nicht dazu dient, eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern.<sup>2</sup> Dies gilt ebenso für Maßnahmen, die ausschließlich zur beruflichen Anpassung oder zur Berufsförderung bestimmt sind, für Erziehungsberatung, Paar- und Familienberatung, Sexualberatung, körperbezogene Therapieverfahren, darstellende Gestaltungstherapie sowie heilpädagogische oder ähnliche Maßnahmen.

(6) Die ärztliche Beratung über vorbeugende und diätetische Maßnahmen wie auch die Erläuterungen und Empfehlungen von übenden, therapiefördernden Begleitmaßnahmen sind ebenfalls nicht Psychotherapie und sind auch nicht Bestandteil der psychosomatischen Grundversorgung.

(7) Psychotherapieverfahren, -methoden und -techniken, die den in den §§ 1 bis 10 und Abschnitt C genannten Erfordernissen nicht entsprechen, oder therapeutisch nicht hinreichend erprobt und wissenschaftlich begründet wurden, sind nicht Bestandteil der vertragsärztlichen Versorgung.

(8) <sup>1</sup>Eine telefonische persönliche Erreichbarkeit zur Terminkoordination ist von allen ~~Therapeutinnen Psychotherapeutinnen~~ und ~~Therapeuten Psychotherapeuten~~ unter Beachtung von berufs- und vertragsarztrechtlichen Vorgaben zu definierten und zu veröffentlichen Zeiten zu gewährleisten; insgesamt ist bei einem vollen Versorgungsauftrag eine telefonische persönliche Erreichbarkeit durch die ~~Therapeutin Psychotherapeutin~~ oder den ~~Therapeuten Psychotherapeuten~~ oder das Praxispersonal von 200 Minuten pro Woche in Einheiten von mindestens 25 Minuten sicherzustellen.<sup>2</sup> Entsprechend gelten 100 Minuten pro Woche in Einheiten von mindestens 25 Minuten bei einem hälftigen Versorgungsauftrag.<sup>3</sup> Die ~~Therapeutin Psychotherapeutin~~ oder der ~~Therapeut Psychotherapeut~~ teilt die Erreichbarkeit der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung zur Information der Patientinnen oder Patienten mit.

(9) Digitale Gesundheitsanwendungen im Sinne des § 33a SGB V können im Rahmen der Durchführung von Leistungen dieser Richtlinie unterstützend zur Anwendung kommen. Die Regelungen der Psychotherapie-Richtlinie und Psychotherapie-Vereinbarung gelten insoweit auch für die Anwendung von digitalen Gesundheitsanwendungen.

## § 2 Seelische Krankheit

(1) <sup>1</sup>In dieser Richtlinie wird seelische Krankheit verstanden als krankhafte Störung der Wahrnehmung, des Verhaltens, der Erlebnisverarbeitung, der sozialen Beziehungen und der Körperfunktionen.<sup>2</sup> Es gehört zum Wesen dieser Störungen, dass sie der willentlichen Steuerung durch die Patientin oder den Patienten nicht mehr oder nur zum Teil zugänglich sind.

(2) Krankhafte Störungen können durch seelische, körperliche oder soziale Faktoren verursacht werden; sie werden in seelischen und körperlichen Symptomen und in krankhaften Verhaltensweisen erkennbar, denen aktuelle Krisen seelischen Geschehens, aber auch pathologische Veränderungen seelischer Strukturen zugrunde liegen können.

(3) Seelische Strukturen werden in dieser Richtlinie verstanden als die anlagemäßig disponierenden und lebensgeschichtlich erworbenen Grundlagen seelischen Geschehens, das direkt beobachtbar oder indirekt erschließbar ist.

(4) Auch Beziehungsstörungen können Ausdruck von Krankheit sein; sie sind für sich allein nicht schon Krankheit im Sinne dieser Richtlinie, sondern können nur dann als seelische Krankheit gelten, wenn ihre ursächliche Verknüpfung mit einer krankhaften Veränderung des seelischen oder körperlichen Zustandes eines Menschen nachgewiesen wurde.

### § 3 Ätiologische Orientierung der Psychotherapie

(1) Psychotherapie, als Behandlung seelischer Krankheiten im Sinne dieser Richtlinie, setzt voraus, dass das Krankheitsgeschehen als ein ursächlich bestimmter Prozess verstanden wird, der mit wissenschaftlich begründeten Methoden untersucht und in einem Theoriesystem mit einer Krankheitslehre definitorisch erfasst ist.

(2) <sup>1</sup>Die Theoriesysteme müssen seelische und körperliche Symptome als Ausdruck des Krankheitsgeschehens eines ganzheitlich gesehenen Menschen wahrnehmen und berücksichtigen. <sup>2</sup>Sie müssen den gegenwärtigen, lebensgeschichtlichen und gesellschaftlichen Faktoren in ihrer Bedeutung für das Krankheitsgeschehen gerecht werden.

### § 4 Übergreifende Merkmale von Psychotherapie

(1) Psychotherapie dieser Richtlinie wendet methodisch definierte Interventionen an, die auf als Krankheit diagnostizierte seelische Störungen einen systematisch verändernden Einfluss nehmen und Bewältigungsfähigkeiten des Individuums aufbauen.

(2) <sup>1</sup>Diese Interventionen setzen eine bestimmte Ordnung des Vorgehens voraus. <sup>2</sup>Diese ergibt sich aus Erfahrungen und gesicherten Erkenntnissen, deren wissenschaftliche Reflexion zur Ausbildung von Behandlungsverfahren und -methoden, die in einem theoriegebundenen Rahmen gemäß § 5 Absatz 1 Nummer 1 und § 6 Absatz 1 Nummer 1 eingebettet sind, geführt hat.

(3) In der psychotherapeutischen Intervention kommt, unabhängig von der Wahl des Therapieverfahrens und der Anwendungsform (Setting), der systematischen Berücksichtigung und der kontinuierlichen Gestaltung der Therapeut-Patient-Beziehung eine zentrale Bedeutung zu.

(4) <sup>1</sup>Psychotherapie nach dieser Richtlinie kann bei allen Indikationen nach § 27 als Einzeltherapie, als Gruppentherapie oder als Kombination aus Einzel- und Gruppentherapie sowie bei der Systemischen Therapie als Behandlung der Patientin oder des Patienten zusammen mit relevanten Bezugspersonen aus Familie oder sozialem Umfeld (Mehrpersonensetting) auch in Kombination mit Einzel- oder Gruppentherapie Anwendung finden. <sup>2</sup>Nach diagnostischer Abklärung des Störungsbildes ist die Eignung der Behandlung in den verschiedenen Settings individuell zu prüfen und bei der Behandlungsplanung die Auswahl des geeigneten Behandlungssettings individuell und in Absprache mit der Patientin oder dem Patienten zu treffen.

1. Im Einzelsetting wird eine individuelle Gesamtbehandlung in der spezifischen Beziehung zwischen Patientin oder Patient und ~~Therapeutin~~Psychotherapeutin oder ~~Therapeut~~Psychotherapeut gestaltet. Dieses ist gekennzeichnet durch die dyadische Interaktion zwischen Patientin oder Patient und ~~Therapeutin~~Psychotherapeutin oder ~~Therapeut~~Psychotherapeut. Dabei stehen individuelles Erleben und Verhalten sowie individuelle intrapsychische Prozesse der Patientin oder des Patienten im Fokus der Behandlung. Je nach Verfahren werden unterschiedliche psychotherapeutische Instrumente wie z. B. Übertragungs-, Gegenübertragungs-, Widerstands-, Verhaltensanalyse oder System- und Ressourcenanalyse von der ~~Therapeutin~~Psychotherapeutin oder dem ~~Therapeuten~~Psychotherapeuten angewandt, um den Behandlungs- und Heilungsprozess der Patientin oder des Patienten zu fördern.
2. In einem Gruppensetting können interpersonelle Probleme unmittelbar prozessual aktiviert und bearbeitet werden. Je nach Verfahren werden unterschiedliche psychotherapeutische Instrumente, wie z. B. Übertragungs-, Gegenübertragungs-, Widerstands-, Verhaltensanalyse oder System- und Ressourcenanalyse von der ~~Therapeutin~~Psychotherapeutin oder dem ~~Therapeuten~~Psychotherapeuten angewandt, um den Behandlungs- und Heilungsprozess der Patientin oder des Patienten zu fördern. Darauf aufbauend können Techniken eingesetzt werden, die bei den Teilnehmern wechselseitig Ressourcen aktivieren (z. B. Motivation, Verstärkung). Den Patientinnen und Patienten wird vermittelt, dass andere mit den gleichen oder ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Darüber hinaus können neue Verhaltensweisen in einem weiteren sozialen Rahmen erprobt werden und es sind Rückmeldungen nicht nur von der ~~Therapeutin~~

Psychotherapeutin oder dem ~~Therapeuten~~ Psychotherapeuten, sondern von einer Reihe unterschiedlicher Interaktionspartner in der Gruppe möglich.

3. Mehrpersonensetting im Rahmen der Systemischen Therapie: Ein wesentliches Ziel von Systemischer Therapie im Mehrpersonensetting ist die Veränderung von bedeutsamen Beziehungen und Interaktionen (zwischen Patientin oder Patient und Lebenspartnerin oder -partner, der Kernfamilie oder erweiterter Familie, sowie zwischen Patientin oder Patient und den Mitgliedern anderer interpersoneller Systeme), sofern diese für die Entstehung, Aufrechterhaltung oder Behandlung der psychischen Störung von Krankheitswert relevant sind.
4. Durch die Möglichkeit zur Kombination in den Verfahren nach § 15 können Einzel- und Gruppentherapie, bei der Systemischen Therapie auch im Mehrpersonensetting, personen- und störungsadäquat eingesetzt werden, um den Behandlungsverlauf zu fördern.

#### **§ 5 Definition Psychotherapieverfahren**

- (1) Ein zur Krankenbehandlung geeignetes Psychotherapieverfahren ist gekennzeichnet durch
  1. eine umfassende Theorie der Entstehung und Aufrechterhaltung von Krankheiten und ihrer Behandlung oder verschiedene Theorien der Entstehung und Aufrechterhaltung von Krankheiten und ihrer Behandlung auf der Basis gemeinsamer theoriegebundener Grundannahmen,
  2. eine darauf bezogene psychotherapeutische Behandlungsstrategie für ein breites Spektrum von Anwendungsbereichen oder mehrere darauf bezogene psychotherapeutische Behandlungsmethoden für ein breites Spektrum von Anwendungsbereichen und
  3. darauf bezogene Konzepte zur Indikationsstellung, zur individuellen Behandlungsplanung und zur Gestaltung der therapeutischen Beziehung.
- (2) Ein Psychotherapieverfahren im Sinne dieser Richtlinie muss die Voraussetzungen nach § 20 Absatz 1 erfüllen.

#### **§ 6 Definition Psychotherapiemethode**

- (1) Eine zur Behandlung einer oder mehrerer Störungen mit Krankheitswert geeignete Psychotherapiemethode ist gekennzeichnet durch
  1. eine Theorie der Entstehung und der Aufrechterhaltung dieser Störung oder Störungen und eine Theorie ihrer Behandlung,
  2. Indikationskriterien einschließlich deren diagnostischer Erfassung,
  3. die Beschreibung der Vorgehensweise und
  4. die Beschreibung der angestrebten Behandlungseffekte.
- (2) Eine Psychotherapiemethode im Sinne dieser Richtlinie muss die Voraussetzungen nach § 20 Absatz 2 erfüllen.

#### **§ 7 Definition psychotherapeutische Technik**

Eine psychotherapeutische Technik ist eine konkrete Vorgehensweise mit deren Hilfe die angestrebten Ziele im Rahmen der Anwendung von Verfahren und Methoden erreicht werden sollen.

#### **§ 8 Feststellungen zu Verfahren und Methoden**

In § 15 und in der Anlage der Richtlinie wird festgestellt, für welche Verfahren und Methoden die Erfordernisse der Psychotherapie-Richtlinie als erfüllt gelten und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen diese zur Behandlung von Krankheit Anwendung finden können.

## **§ 9 Einbeziehung des sozialen Umfeldes**

Im Rahmen einer Psychotherapie kann es notwendig werden, zur Erreichung eines ausreichenden Behandlungserfolges für die Behandlung der psychischen Störung relevante Bezugspersonen aus dem sozialen Umfeld der Patientin oder des Patienten in die Behandlung einzubeziehen.

## **§ 10 Verbindung von Diagnostik und Therapie**

(1) <sup>1</sup>Psychotherapie setzt eine ätiologisch orientierte Diagnostik voraus, welche die jeweiligen Krankheitserscheinungen erklärt und zuordnet. <sup>2</sup>Dies gilt auch für die vorwiegend übenden und suggestiven Interventionen. <sup>3</sup>Die angewandte Psychotherapie muss in einer angemessenen Relation zu Art und Umfang der diagnostizierten Erkrankung stehen. <sup>4</sup>Dabei ist die Möglichkeit der Behandlung in Gruppentherapie in angemessener Weise zu berücksichtigen. <sup>5</sup>Psychotherapieverfahren, -methoden und -techniken ohne Erfüllung der genannten Erfordernisse sind als Psychotherapie im Sinne der Richtlinie nicht geeignet. <sup>6</sup>Voraussetzung ist ferner, dass der Krankheitszustand in seiner Komplexität erfasst wird, auch dann, wenn nur die Therapie eines Teilzieles angestrebt werden kann.

(2) <sup>1</sup>Bei Verdacht auf eine seelische Krankheit findet im Rahmen der Sprechstunde nach § 11 eine Orientierende Diagnostische Abklärung (ODA) und, sofern erforderlich, eine Differenzialdiagnostische Abklärung (DDA) statt. <sup>2</sup>Beide haben die Diagnostik vor Indikationsstellung für eine therapeutische Maßnahme zur Zielsetzung. <sup>3</sup>Hierbei sind in der Regel standardisierte diagnostische Instrumente einzusetzen. <sup>4</sup>Die Ergebnisse sind in die Beratung der Patientinnen und Patienten nach § 11 Absatz 3 Satz 2 einzubringen. <sup>5</sup>Bei der ODA handelt es sich nicht um eine verfahrensgebundene Diagnostik zur Überprüfung der Eignung für ein Psychotherapieverfahren nach § 15, sondern um eine Abklärung vor der Indikationsstellung, die auch andere Maßnahmen zur Folge haben kann.

## B. Psychotherapeutische Behandlungs- und Anwendungsformen

### § 11 Psychotherapeutische Sprechstunde

(1) <sup>1</sup>Patientinnen und Patienten haben einen Anspruch auf eine psychotherapeutische Sprechstunde (Sprechstunde) als zeitnahen niedrigschwiligen Zugang zur ambulanten psychotherapeutischen Versorgung. <sup>2</sup>Die Sprechstunde dient der Abklärung, ob ein Verdacht auf eine krankheitswertige Störung vorliegt und weitere fachspezifische Hilfen im System der Gesetzlichen Krankenversicherung notwendig sind. <sup>3</sup>Vor einer Behandlung gemäß den §§ 12, 13 und 15 haben Patientinnen und Patienten eine psychotherapeutische Sprechstunde in Anspruch zu nehmen; dies gilt nicht in den in Absatz 7 bestimmten Fällen. <sup>4</sup>Übergangsweise werden die Regelungen in Satz 3 sowie in Absatz 7 bis zum 31. März 2018 ausgesetzt.

(2) <sup>1</sup>Die ~~Therapeutin~~ Psychotherapeutin oder der ~~Therapeut~~ Psychotherapeut teilen ihr Sprechstundenangebot sowie ihre Erreichbarkeit der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung zur Information der Patientinnen oder Patienten mit. <sup>2</sup>Es gelten die nachfolgenden Anforderungen.

(3) <sup>1</sup>Bei Verdacht auf eine seelische Krankheit findet im Rahmen der Sprechstunde eine ODA und, sofern erforderlich, eine DDA nach § 10 Absatz 2 statt. <sup>2</sup>Dabei soll auch eine Beratung, Information, Klärung des individuellen Behandlungsbedarfs, eine erste Diagnosestellung und dementsprechende Behandlungsempfehlungen sowie, sofern erforderlich, eine kurze psychotherapeutische Intervention erfolgen. <sup>3</sup>Darüber hinaus sollen der Patientin oder dem Patienten, sofern erforderlich, Hinweise auf andere Hilfemöglichkeiten gegeben werden.

(4) Sprechstunden können entweder als offene Sprechstunde oder als Sprechstunde mit Terminvergabe durchgeführt werden; die Organisation der Sprechstunde bleibt der ~~Therapeutin~~ Psychotherapeutin oder dem ~~Therapeuten~~ Psychotherapeuten überlassen.

(5) <sup>1</sup>Die Sprechstunde kann als Einzelbehandlung bei Erwachsenen in Einheiten von mindestens 25 Minuten höchstens sechsmal je Krankheitsfall (insgesamt bis zu 150 Minuten) durchgeführt werden; bei Kindern und Jugendlichen als Einzelbehandlung in Einheiten von mindestens 25 Minuten höchstens zehnmal je Krankheitsfall (insgesamt bis zu 250 Minuten). <sup>2</sup>Der 2. Halbsatz gilt entsprechend für die Behandlung von Menschen mit einer geistigen Behinderung. <sup>3</sup>Voraussetzung für eine weitergehende Behandlung nach den §§ 11a, 12, 13 und 15 ist eine Sprechstunde von mindestens 50 Minuten Dauer.

(6) <sup>1</sup>Sprechstunden finden im persönlichen Kontakt der Patientin oder des Patienten mit den ~~Therapeutinnen~~ Psychotherapeutinnen und ~~Therapeuten~~ Psychotherapeuten statt. <sup>2</sup>Bei Kindern und Jugendlichen kann die Sprechstunde bis zu 100 Minuten auch mit relevanten Bezugspersonen ohne Anwesenheit des Kindes oder Jugendlichen stattfinden. <sup>3</sup>Satz 2 gilt entsprechend für die Behandlung von Menschen mit einer geistigen Behinderung.

(7) Sofern ein Therapeutenwechsel nach der Sprechstunde oder im Rahmen einer laufenden Therapie stattgefunden hat oder eine Patientin oder ein Patient aus stationärer Krankenhausbehandlung nach § 39 SGB V oder rehabilitativer Behandlung nach § 40 Absatz 1 oder 2 SGB V aufgrund einer Diagnose nach § 27 entlassen wurde, können die Gruppenpsychotherapeutische Grundversorgung nach § 11a, probatorische Sitzungen nach § 12 und die Akutbehandlung nach § 13 ohne Sprechstunde beginnen.

(8) Konsiliarbericht oder unmittelbar vorausgegangene somatische Abklärung sind nicht obligatorisch zur Inanspruchnahme der Sprechstunde.

(9) Die ~~Therapeutin~~ Psychotherapeutin oder der ~~Therapeut~~ Psychotherapeut nach Absatz 13 klärt im Rahmen der Sprechstunden auch, ob eine behandlungsbedürftige Erkrankung gemäß § 27 vorliegt.

(10) <sup>1</sup>Sofern eine Behandlung nach § 15 indiziert ist, informiert die ~~Therapeutin~~ Psychotherapeutin oder der ~~Therapeut~~ Psychotherapeut über die unterschiedlichen Verfahren und Anwendungsformen

gemäß § 15 und den Ablauf einer Psychotherapie, um bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen.  
<sup>2</sup>Falls keine Psychotherapie indiziert ist, wird bei Bedarf über Alternativen informiert.

(11) Vor Beginn einer Richtlinien-therapie wird von der Therapeutin Psychotherapeutin oder dem Therapeuten Psychotherapeuten eine Abklärung einer somatischen Erkrankung eingeholt.

(12) Im Falle einer sich anschließenden Behandlung nach den §§ 11a, 12, 13 und 15 ist es nicht erforderlich, dass die Sprechstunde oder die Sprechstunden von der Therapeutin Psychotherapeutin oder dem Therapeuten Psychotherapeuten erbracht wurden, die oder der die Therapie durchführt.

(13) Therapeutinnen Psychotherapeutinnen oder Therapeuten Psychotherapeuten haben pro Woche bei einem vollen Versorgungsauftrag in der Regel mindestens 100 Minuten und bei einem hälftigen Versorgungsauftrag in der Regel mindestens 50 Minuten für die Sprechstunde zur Verfügung zu stellen; Abweichungen von dieser Mindestvorgabe können die Kassenärztlichen Vereinigungen in Abhängigkeit von der Versorgungssituation regeln.

(14) <sup>1</sup>Die Patientin oder der Patient und, soweit erforderlich, die Sorgeberechtigten erhalten ein allgemeines Informationsblatt zur Richtlinien-therapie („Ambulante Psychotherapie für gesetzlich Krankenversicherte“) sowie eine schriftliche Rückmeldung in Form eines patientengerechten Befundberichts zum Ergebnis der Sprechstunde mit Empfehlungen zum weiteren Vorgehen („Individuelle Patienteninformation“). <sup>2</sup>Das Nähere hierzu regelt die Psychotherapie-Vereinbarung.

(15) Sprechstunden sind keine Richtlinien-therapie und werden nicht auf die Therapiekontingente angerechnet.

### **§ 11a Gruppenpsychotherapeutische Grundversorgung**

(1) Die Gruppenpsychotherapeutische Grundversorgung ist ein psychotherapeutisches Angebot in der Gruppe für Patientinnen oder Patienten, bei denen in der psychotherapeutischen Sprechstunde eine Indikation zur Anwendung von Psychotherapie nach § 27 festgestellt wurde. Die Gruppenpsychotherapeutische Grundversorgung dient der strukturierten Vermittlung und weiteren Vertiefung von grundlegenden Inhalten der ambulanten Psychotherapie auch mit dem Ziel, individuelle Hemmschwellen und Vorbehalte, insbesondere gegenüber Psychotherapie in Gruppen, abzubauen und die Motivation zur Teilnahme an einer Gruppentherapie aufzubauen und zu stärken.

(2) In der Gruppenpsychotherapeutischen Grundversorgung werden Informationen über die für die Gruppenmitglieder relevanten psychischen Störungen und deren Entstehungsbedingungen und Einflussfaktoren vermittelt, ein individuelles Krankheitsverständnis und der individuelle Umgang mit entsprechenden Symptomen, Funktionsbeeinträchtigungen und psychischen Belastungen erarbeitet und mögliche Fragen der Patientinnen und Patienten zu psychischen Erkrankungen und ihrer Behandlung bearbeitet; hierbei soll insbesondere auf Therapieelemente einer Gruppentherapie eingegangen werden. Dies setzt ein strukturierendes therapeutisches Vorgehen bei der Informationsvermittlung sowie in Bezug auf die Gestaltung des interaktionellen Austausches in der Gruppe voraus, der im Hinblick auf die individuellen Erfordernisse der Patientinnen und Patienten genutzt werden soll. Die Gruppenpsychotherapeutische Grundversorgung dient der Vorbereitung einer ambulanten Psychotherapie nach § 15 im Gruppensetting; die Entscheidung der Patientin oder des Patienten für ein Setting wird nicht vorweggenommen.

(3) Die Gruppenpsychotherapeutische Grundversorgung kann viermal je Krankheitsfall mit jeweils 100 Minuten Dauer (insgesamt bis zu 400 Minuten), auch in Einheiten von 50 Minuten mit entsprechender Vermehrung der Gesamtsitzungszahl, erbracht werden. Für den Fall der Einbeziehung von relevanten Bezugspersonen gemäß § 9 bei Kindern und Jugendlichen kann die Gruppenpsychotherapeutische Grundversorgung zusätzlich bis zu 100 Minuten je Krankheitsfall (insgesamt bis zu 500 Minuten) erbracht werden; die Einbeziehung der Bezugspersonen kann auch ohne Anwesenheit des Kindes oder Jugendlichen stattfinden. Satz 2 gilt entsprechend für die Behandlung von Menschen mit einer geistigen Behinderung.

(4) Die Gruppenpsychotherapeutische Grundversorgung ist keine Richtlinientherapie und wird nicht auf die Therapiekontingente gemäß § 29 und § 30 angerechnet. Sie ist anzeige-, antrags- und genehmigungsfrei.

(5) Die Gruppenpsychotherapeutische Grundversorgung kann aufgrund ihrer von den probatorischen Sitzungen abweichenden inhaltlichen Zielsetzung diese nicht ersetzen. Vor dem Beginn einer sich anschließenden Richtlinientherapie nach § 15 sind mindestens zwei probatorische Sitzungen gemäß § 12 zu erbringen.

(6) Der Konsiliarbericht oder eine unmittelbar vorausgegangene somatische Abklärung sind nicht obligatorisch zur Inanspruchnahme der Gruppenpsychotherapeutischen Grundversorgung.

(7) Die Gruppengröße umfasst mindestens drei bis höchstens neun Patientinnen und Patienten; die Regelungen in § 21 Absatz 1 Nummer 2 Satz 2 bis 5 gelten für die Gruppenpsychotherapeutische Grundversorgung nicht.

## § 12 Probatorische Sitzungen

(1) <sup>1</sup>Probatorische Sitzungen sind Gespräche, die zur weiteren diagnostischen Klärung des Krankheitsbildes, zur weiteren Indikationsstellung und zur Feststellung der Eignung der Patientin oder des Patienten für ein bestimmtes Psychotherapieverfahren sowie für die Anwendungsformen unter Berücksichtigung der Ausschlüsse gemäß § 27 Absatz 3 dienen. <sup>2</sup>Dabei sind auch weitere differenzialdiagnostische Abgrenzungen des Krankheitsbildes und eine Einschätzung der Prognose vorzunehmen. <sup>3</sup>In den probatorischen Sitzungen erfolgt auch eine Klärung der Motivation, der Kooperations- und Beziehungsfähigkeit der Patientin oder des Patienten. <sup>4</sup>Darüber hinaus dienen sie einer Abschätzung der persönlichen Passung, d. h. einer tragfähigen Arbeitsbeziehung von Patientin oder Patient und Therapeutin Psychotherapeutin oder Therapeut Psychotherapeut. <sup>5</sup>Entscheidungen zu weiteren Behandlungen sollten nach entsprechender Information der Patientin oder des Patienten mit diesem gemeinsam getroffen werden.

(2) Probatorische Sitzungen dienen der Einleitung einer ambulanten Psychotherapie nach § 15. Sie sind keine Richtlinientherapie und werden nicht auf die Therapiekontingente angerechnet.

(3) <sup>1</sup>Vor einer Richtlinientherapie finden mindestens zwei und bis zu vier probatorische Sitzungen statt. <sup>2</sup>Die probatorische Sitzung umfasst im Einzelsetting 50 Minuten und im Gruppensetting 100 Minuten. <sup>3</sup>Probatorische Sitzungen im Gruppensetting können auch in Einheiten von 50 Minuten mit entsprechender Vermehrung der Gesamtsitzungszahl Anwendung finden. <sup>4</sup>Bei Kindern und Jugendlichen können darüber hinaus zwei weitere probatorische Sitzungen durchgeführt werden. <sup>5</sup>Satz 4 gilt entsprechend für die Behandlung von Menschen mit einer geistigen Behinderung.

(4) <sup>1</sup>Probatorische Sitzungen finden im Einzelsetting statt, wenn sich eine Einzeltherapie anschließen soll. <sup>2</sup>Sofern sich eine Gruppentherapie oder eine Kombinationsbehandlung aus Einzel- und Gruppentherapie gemäß § 22 anschließen soll, können probatorische Sitzungen auch im Gruppensetting stattfinden. <sup>3</sup>Mindestens eine probatorische Sitzung muss im Einzelsetting stattfinden. <sup>4</sup>Abweichend von Satz 3 müssen mindestens zwei probatorische Sitzungen im Einzelsetting durchgeführt werden, wenn bei derselben Therapeutin Psychotherapeutin oder bei demselben Therapeuten Psychotherapeuten keine psychotherapeutische Sprechstunde mit insgesamt mindestens 50 Minuten nach § 11 Absatz 7 durchgeführt wurde. <sup>5</sup>Bei Kindern und Jugendlichen ist auch eine Einbeziehung der relevanten Bezugspersonen nach § 9 möglich. <sup>6</sup>Satz 5 gilt entsprechend für die Behandlung von Menschen mit einer geistigen Behinderung.

(5) In der Systemischen Therapie können auch probatorische Sitzungen im Mehrpersonensetting stattfinden.

(6) Sofern sich nach einer Krankenhausbehandlung eine ambulante psychotherapeutische Behandlung anschließen soll, können erforderliche probatorische Sitzungen bereits frühzeitig auch in den Räumen des Krankenhauses durchgeführt werden.

### § 13 Psychotherapeutische Akutbehandlung

(1) <sup>1</sup>Die Akutbehandlung ist eine zeitnahe psychotherapeutische Intervention im Anschluss an die Sprechstunde zur Vermeidung von Fixierungen und Chronifizierung psychischer Symptomatik. <sup>2</sup>Sie hat zum Ziel, Patientinnen oder Patienten von akuter Symptomatik mit ambulanten psychotherapeutischen Mitteln zu entlasten. <sup>3</sup>Die psychotherapeutische Akutbehandlung ist auf eine kurzfristige Verbesserung der Symptomatik der Patientin oder des Patienten ausgerichtet. <sup>4</sup>Sie strebt dabei keine umfassende Bearbeitung der zugrundeliegenden ätiopathogenetischen Einflussfaktoren der psychischen Erkrankung an, sondern dient der Besserung akuter psychischer Krisen- und Ausnahmezustände. <sup>5</sup>Die Patientinnen oder Patienten, für die die Akutbehandlung nicht ausreicht, sollen so stabilisiert werden, dass sie auf eine Behandlung nach § 15 vorbereitet sind oder dass ihnen andere ambulante (z. B. psychiatrische, psychosomatische, kinder- und jugendpsychiatrische Behandlung, Sozialpsychiatrischer Dienst, Jugendhilfe), teilstationäre oder stationäre Maßnahmen empfohlen werden können.

(2) <sup>1</sup>Die Akutbehandlung ist als Einzeltherapie in Einheiten von mindestens 25 Minuten bis zu 24mal je Krankheitsfall (insgesamt bis zu 600 Minuten) durchzuführen; gegebenenfalls unter Einbeziehung von relevanten Bezugspersonen gemäß § 9. <sup>2</sup>Bei Anwendung des Mehrpersonensettings gemäß § 4 Absatz 4 Nummer 3 beträgt die Mindestdauer 50 Minuten mit entsprechender Verminderung der Gesamtsitzungszahl.

(3) Die Akutbehandlung ist anzeigepflichtig gemäß § 33.

(4) Die erbrachten Stunden der Akutbehandlung sind Bestandteil des Therapiekontingents nach § 29.

(5) Sofern nach der Akutbehandlung das Erfordernis für eine Richtlinien-therapie besteht, sind zuvor mindestens zwei probatorische Sitzungen gemäß § 12 zu erbringen.

### § 14 Rezidivprophylaxe

(1) <sup>1</sup>Psychotherapie nach § 15 ist eine besonders nachhaltige Behandlung und beinhaltet aufgrund ihrer Konzepte und Techniken grundsätzlich eine Rezidivprophylaxe als integralen Bestandteil der Abschlussphase einer solchen Therapie. <sup>2</sup>Hierbei sind zwischen ~~Therapeutin~~ Psychotherapeutin oder ~~Therapeut~~ Psychotherapeut und Patientin oder Patient anstehende Entwicklungen, Aufgaben und Schwierigkeiten zu besprechen mit dem Ziel, zu erwartende kritische Ereignisse und Lebenssituationen zu identifizieren und Rückfälle zu vermeiden.

(2) <sup>1</sup>Nach Beendigung einer Langzeittherapie kann es dennoch bei einigen Patientinnen oder Patienten sinnvoll sein, zur Erhaltung der erreichten und mit der Patientin oder dem Patienten erarbeiteten Ziele eine weitere Behandlung – im Sinne einer „ausschleichenden Behandlung“ – mit den innerhalb des bewilligten Kontingentschritts verbliebenen Stunden durchzuführen. <sup>2</sup>Eine solche niederfrequente therapeutische Arbeit auf der Basis der vertrauensvollen therapeutischen Beziehung kann zur Stabilisierung der Patientin oder des Patienten beitragen, wieder auftretende entwicklungsbedingte Herausforderungen und Krisen abfangen und damit Neubeantragungen von Richtlinien-therapie verhindern.

(3) <sup>1</sup>Bei einer Behandlungsdauer von 40 oder mehr Stunden können maximal 8 Stunden und bei einer Behandlungsdauer von 60 oder mehr Stunden maximal 16 Stunden für die Rezidivprophylaxe genutzt werden. <sup>2</sup>Bei Kindern und Jugendlichen können im Falle der Hinzuziehung von relevanten Bezugspersonen bei einer Behandlungsdauer von 40 oder mehr Stunden maximal 10 Stunden und bei einer Behandlungsdauer von 60 oder mehr Stunden maximal 20 Stunden für die Rezidivprophylaxe genutzt werden. <sup>3</sup>Satz 2 gilt entsprechend für die Behandlung von Menschen mit einer geistigen Behinderung. <sup>4</sup>Sie sind Bestandteil des bewilligten Gesamtkontingents. <sup>5</sup>Die Beantragung einer alleinigen Rezidivprophylaxe ist nicht zulässig.



(4) Für Rezidivprophylaxe vorgesehene Stunden können bis zu zwei Jahre nach Abschluss der Langzeittherapie in Anspruch genommen werden.

(5) <sup>1</sup>Eine Entscheidung für oder gegen die Behandlung mit Stunden der Rezidivprophylaxe ist im Antrag der Langzeittherapie anzugeben. <sup>2</sup>Sofern ein möglicher Einsatz der Rezidivprophylaxe bei Beantragung der Langzeittherapie noch nicht absehbar ist, ist dies im Bericht an den Gutachter zu begründen. <sup>3</sup>Das Nähere hierzu regelt die Psychotherapie-Vereinbarung.

## **§ 15 Behandlungsformen**

<sup>1</sup>Folgende Behandlungsformen sind anerkannte Psychotherapieverfahren im Sinne dieser Richtlinie. <sup>2</sup>Ihnen liegt ein umfassendes Theoriesystem der Krankheitsentstehung zugrunde, und ihre spezifischen Behandlungsmethoden sind in ihrer therapeutischen Wirksamkeit belegt:

1. Psychoanalytisch begründete Verfahren,
2. Verhaltenstherapie,
3. Systemische Therapie.

## **§ 16 Psychoanalytisch begründete Verfahren**

(1) <sup>1</sup>Diese Verfahren stellen Formen einer ätiologisch orientierten Psychotherapie dar, welche die unbewusste Psychodynamik neurotischer Störungen mit psychischer oder somatischer Symptomatik zum Gegenstand der Behandlung machen. <sup>2</sup>Zur Sicherung ihrer psychodynamischen Wirksamkeit sind bei diesen Verfahren übende und suggestive Interventionen auch als Kombinationsbehandlung grundsätzlich ausgeschlossen.

(2) Als psychoanalytisch begründete Psychotherapieverfahren gelten im Rahmen dieser Richtlinie die tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie und die analytische Psychotherapie.

(3) Tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie und analytische Psychotherapie können als Krankenbehandlung nach dieser Richtlinie bei Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen zur Anwendung kommen.

## **§ 16a Tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie**

(1) Die tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie umfasst ätiologisch orientierte Therapieformen, mit welchen die unbewusste Psychodynamik aktuell wirksamer neurotischer Konflikte und struktureller Störungen unter Beachtung von Übertragung, Gegenübertragung und Widerstand behandelt werden.

(2) <sup>1</sup>Eine Konzentration des therapeutischen Prozesses wird durch Begrenzung des Behandlungszieles, durch ein vorwiegend konfliktzentriertes Vorgehen und durch Einschränkung regressiver Prozesse angestrebt. <sup>2</sup>Die tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie gelangt auch in jenen Fällen zur Anwendung, in denen eine längerfristige therapeutische Beziehung erforderlich ist.

(3) Als Sonderformen der tiefenpsychologisch fundierten Psychotherapie können folgende Psychotherapiemethoden zur Anwendung kommen:

1. Kurztherapie,
2. Fokalthherapie,
3. Dynamische Psychotherapie,
4. Niederfrequente Therapie in einer längerfristigen, Halt gewährenden therapeutischen Beziehung.

## § 16b Analytische Psychotherapie

Die analytische Psychotherapie umfasst jene Therapieformen, die zusammen mit der neurotischen Symptomatik den neurotischen Konfliktstoff und die zugrundeliegende neurotische Struktur der Patientin oder des Patienten behandeln und dabei das therapeutische Geschehen mit Hilfe der Übertragungs-, Gegenübertragungs- und Widerstandsanalyse unter Nutzung regressiver Prozesse in Gang setzen und fördern.

## § 17 Verhaltenstherapie

(1) <sup>1</sup>Die Verhaltenstherapie als Krankenbehandlung umfasst Therapieverfahren, die vorwiegend auf der Basis der Lern- und Sozialpsychologie entwickelt worden sind. <sup>2</sup>Unter den Begriff „Verhalten“ fallen dabei beobachtbare Verhaltensweisen sowie kognitive, emotionale, motivationale und physiologische Vorgänge. <sup>3</sup>Verhaltenstherapie im Sinne dieser Richtlinie erfordert die Analyse der ursächlichen und aufrechterhaltenden Bedingungen des Krankheitsgeschehens (Verhaltensanalyse). <sup>4</sup>Sie entwickelt ein entsprechendes Störungsmodell und eine übergeordnete Behandlungsstrategie, aus der heraus die Anwendung spezifischer Interventionen zur Erreichung definierter Therapieziele erfolgt.

(2) Aus dem jeweiligen Störungsmodell können sich folgende Schwerpunkte der therapeutischen Interventionen ergeben:

1. Stimulusbezogene Methoden (z. B. systematische Desensibilisierung),
2. Responsebezogene Methoden (z. B. operante Konditionierung, Verhaltensübung),
3. Methoden des Modelllernens,
4. Methoden der kognitiven Umstrukturierung (z. B. Problemlösungsverfahren, Immunisierung gegen Stressbelastung),
5. Selbststeuerungsmethoden (z. B. psychologische und psychophysiologische Selbstkontrolltechniken).

(3) Die Komplexität der Lebensgeschichte und der individuellen Situation der Patientin oder des Patienten erfordert eine Integration mehrerer dieser Interventionen in die übergeordnete Behandlungsstrategie.

(4) Verhaltenstherapie kann als Krankenbehandlung nach dieser Richtlinie bei Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen zur Anwendung kommen.

## § 18 Systemische Therapie

(1) <sup>1</sup>Die Systemische Therapie fokussiert den sozialen Kontext psychischer Störungen und misst dem interpersonellen Kontext eine besondere ätiologische Relevanz bei. <sup>2</sup>Symptome werden als kontraproduktiver Lösungsversuch psychosozialer und psychischer Probleme verstanden, die wechselseitig durch intrapsychische (kognitiv-emotive), biologisch-somatische sowie interpersonelle Prozesse beeinflusst sind. <sup>3</sup>Theoretische Grundlage sind insbesondere die Kommunikations- und Systemtheorien, konstruktivistische und narrative Ansätze und das biopsychosoziale Systemmodell. <sup>4</sup>Grundlage für Diagnostik und Therapie von psychischen Störungen im Sinne dieser Richtlinie ist die Analyse der Elemente der jeweiligen relevanten Systeme und ihrer wechselseitigen Beziehungen, sowohl unter struktureller als auch generationaler Perspektive und eine daraus abgeleitete Behandlungsstrategie. <sup>5</sup>Der Behandlungsfokus liegt in der Veränderung von symptomfördernden, insbesondere familiären und sozialen Interaktionen, narrativen und intrapsychischen Mustern hin zu einer funktionaleren Selbst-Organisation der Patientin oder des Patienten und des für die Behandlung relevanten sozialen Systems, wobei die Eigenkompetenz der Betroffenen genutzt wird.

- (2) Schwerpunkte der systemischen Behandlungsmethoden sind insbesondere
- Methoden der systemischen Gesprächsführung und systemische Fragetechniken
  - Narrative Methoden
  - Lösungs- und ressourcenorientierte Methoden
  - Strukturell-strategische Methoden
  - Aktionsmethoden
  - Methoden für die Arbeit am inneren System
  - Methoden zur Affekt- und Aufmerksamkeitsregulation
  - Symbolisch- metaphorische und expressive Methoden.
- (3) Systemische Therapie kann nach dieser Richtlinie als Krankenbehandlung bei Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen zur Anwendung kommen.

### § 19 Kombination von Psychotherapieverfahren

Psychoanalytisch begründete Verfahren, Verhaltenstherapie und Systemische Therapie sind nicht kombinierbar, weil die Kombination der Verfahren zu einer Verfremdung der methodenbezogenen Eigengesetzlichkeit des therapeutischen Prozesses führen kann.

### § 20 Anerkennung neuer Psychotherapieverfahren und -methoden

(1) Über die in § 15 genannten Verfahren hinaus können als Psychotherapie gemäß Abschnitt A der Richtlinie in der vertragsärztlichen Versorgung andere Verfahren Anwendung finden, wenn nachgewiesen ist, dass sie die nachstehenden Voraussetzungen nach Nummer 1 bis 3 erfüllen:

1. ~~Feststellung durch den wissenschaftlichen Beirat gemäß § 11 des Psychotherapeutengesetzes, dass das Verfahren als wissenschaftlich anerkannt für eine vertiefte Ausbildung zur Psychologischen Psychotherapeutin oder zum Psychologischen Psychotherapeuten oder zur Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin oder zum Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten angesehen werden kann.~~

Die in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats gemäß § 8 des Psychotherapeutengesetzes ausgesprochene Empfehlung, die wissenschaftliche Anerkennung des Verfahrens festzustellen und dieses für eine Weiterbildung für die psychotherapeutische Versorgung von Erwachsenen oder von Kindern und Jugendlichen vorzusehen.

2. Für Verfahren der Psychotherapie bei Erwachsenen ist ein Nachweis von indikationsbezogenem Nutzen, medizinischer Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit nach Maßgabe der Verfahrensordnung des G-BA für mindestens die Anwendungsbereiche § 27 Absatz 1 Nummer 1, 2 und entweder
  - a) zusätzlich für mindestens einen der folgenden Anwendungsbereiche: § 27 Absatz 1 Nummer 3, 8, Absatz 2 Nummer 1 oder
  - b) <sup>1</sup>zusätzlich für mindestens zwei der folgenden Anwendungsbereiche: § 27 Absatz 1 Nummer 4 bis 7, 9, Absatz 2 Nummer 2 bis 4zu erbringen.

Anstelle eines Nutznachweises in einem der Anwendungsbereiche nach Satz 1 Buchstabe b kann je nach Studienlage im Einzelfall ein Nutznachweis durch Studien zu gemischten psychischen Störungen anerkannt werden. Gemischte Störungen im Sinne des Satzes 2 werden von Studien erfasst, in denen überwiegend Patientinnen und Patienten mit komplexen Störungen und/oder diagnostisch gemischte Patientengruppen behandelt wurden; den psychischen Störungen der in

den Studien behandelten Patientinnen und Patienten muss Krankheitswert zukommen. Ein Nutznachweis nach Satz 2 kann nur anerkannt werden, wenn eine Zuordnung der jeweiligen Studie zu einem der Anwendungsbereiche nach § 27 Absatz 1 Nummer 1 bis 9 und Absatz 1 bis 4 nicht möglich ist und wenn der durch die Studie geführte Nutznachweis nicht überwiegend auf Behandlungseffekte bei Störungen aus solchen Anwendungsbereichen zurückzuführen ist, für die bereits ein indikationsspezifischer Nutznachweis erbracht worden ist. Eine Berücksichtigung nach Satz 2 bedarf einer umfassenden Abwägung im Einzelfall, inwieweit ein Nutznachweis durch Studien zu gemischten Störungen in seiner Bedeutung einem Nutznachweis in einem der Anwendungsbereiche nach Satz 1 Buchstabe b gleichkommt.

3. Für Verfahren der Psychotherapie bei Kindern und Jugendlichen ist ein Nachweis von indikationsbezogenem Nutzen, medizinischer Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit nach Maßgabe der Verfahrensordnung des G-BA mindestens für die Anwendungsbereiche § 27 Absatz 1 Nummer 1, 2 und 9 (nur Hyperkinetische Störungen oder Störungen des Sozialverhaltens) zu erbringen. Soweit der Nachweis lediglich für zwei dieser Anwendungsbereiche erfolgt, ist zusätzlich ein Nachweis für mindestens zwei der Anwendungsbereiche § 27 Absatz 1 Nummer 3 bis 9 (mit Ausnahme Hyperkinetische Störungen oder Störungen des Sozialverhaltens), Absatz 2 Nummer 1 bis 4 zu erbringen. Absatz 1 Nummer 2 Satz 2 bis 5 gilt entsprechend.

(2) Eine neue Methode kann nach vorangegangener Empfehlung zur Anerkennung durch den wissenschaftlichen Beirat gemäß ~~§ 11~~ § 8 des Psychotherapeutengesetzes und Nachweis von Nutzen, medizinischer Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit nach Maßgabe der Verfahrensordnung des G-BA indikationsbezogen Anwendung finden.

(3) <sup>1</sup>In begründeten Ausnahmefällen kann von der in Absatz 1 Nummer 1 und in Absatz 2 geregelten Voraussetzung einer vorherigen Empfehlung zur Anerkennung durch den wissenschaftlichen Beirat gemäß ~~§ 11~~ § 8 des Psychotherapeutengesetzes abgewichen werden. <sup>2</sup>Der G-BA stellt fest, für welche Verfahren und Methoden in der Psychotherapie und Psychosomatik die der Verfahrensordnung des G-BA und der Psychotherapie-Richtlinie zugrundeliegenden Erfordernisse als erfüllt gelten und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen diese zur Behandlung von Krankheit Anwendung finden können. <sup>3</sup>Die Feststellungen sind als Anlage Bestandteil der Richtlinie.

## § 21 Anwendungsformen

(1) Psychotherapie gemäß § 15 dieser Richtlinie kann in folgenden Formen Anwendung finden:

1. Einzeltherapie mit einer einzelnen Patientin oder einem einzelnen Patienten.
2. Gruppentherapie mit mindestens drei bis höchstens neun Patientinnen und Patienten, sofern die Interaktion zwischen mehreren Patientinnen und Patienten therapeutisch förderlich ist und die gruppendynamischen Prozesse entsprechend genutzt werden sollen. Gruppentherapie kann ab sechs Patientinnen oder Patienten gemeinsam durch zwei ~~Therapeutinnen~~ Psychotherapeutinnen oder ~~Therapeuten~~ Psychotherapeuten mit ihnen jeweils fest zugeordneten Patientinnen oder Patienten (Bezugspatientinnen oder Bezugspatienten) durchgeführt werden. Bei gemeinsamer Durchführung der Gruppentherapie durch zwei ~~Therapeutinnen~~ Psychotherapeutinnen oder ~~Therapeuten~~ Psychotherapeuten ist eine Gruppengröße bis höchstens 14 Patientinnen oder Patienten zulässig. Eine ~~Therapeutin~~ Psychotherapeutin oder ein ~~Therapeut~~ Psychotherapeut hat mindestens drei und maximal neun Bezugspatientinnen oder Bezugspatienten in hauptverantwortlicher Behandlung; aus den Bezugspatientinnen oder Bezugspatienten je ~~Therapeutin~~ Psychotherapeutin oder ~~Therapeut~~ Psychotherapeut ergibt sich die Gruppengröße gemäß Absatz 1 Nummer 2 Satz 1. Die hauptverantwortliche Behandlung umfasst neben der Gruppenbehandlung insbesondere die Tätigkeit als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner in allen Fragen zur Behandlung, die Durchführung der probatorischen Sitzungen, die Unterstützung bei der Entscheidungsfindung und der Beantragung der Behandlung sowie die schriftliche Dokumentation.

3. Systemische Therapie kann auch im Mehrpersonensetting Anwendung finden. Das Mehrpersonensetting kann in der Einzeltherapie nach Nummer 1 oder in der Gruppentherapie nach Nummer 2 durchgeführt werden.

(2) Die Anwendung von Einzel- und Gruppentherapie und des Mehrpersonensettings erfolgt unter Berücksichtigung der alters- und entwicklungsspezifischen Bedingungen, gegebenenfalls unter Einbeziehung von relevanten Bezugspersonen gemäß § 9.

## **§ 22 Kombination von Anwendungsformen**

(1) Psychotherapie nach § 15 kann als Einzeltherapie, als Gruppentherapie oder als Kombination aus Einzel- und Gruppentherapie durchgeführt werden, bei der Systemischen Therapie auch im Mehrpersonensetting.

(2) <sup>1</sup>Aufbauend auf der Diagnostik ist bei Kombinationen von Einzel- und Gruppentherapie vor Beginn der Behandlung ein Gesamtbehandlungsplan zu erstellen. <sup>2</sup>Bei gleichzeitiger Behandlung durch verschiedene ~~Therapeutinnen~~ Psychotherapeutinnen oder ~~Therapeuten~~ Psychotherapeuten ist der jeweilige Gesamtbehandlungsplan in Abstimmung zu erstellen und eine gegenseitige Information über den Verlauf der Behandlung sicherzustellen, sofern die Patientin oder der Patient einwilligt.

(3) <sup>1</sup>Bei Veränderung des bewilligten Behandlungssettings während einer laufenden Psychotherapie ist der Krankenkasse diese Änderung anzuzeigen, sofern das bewilligte Stundenkontingent im Rahmen der Änderung nicht überschritten wird. <sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 ist bei Änderung des Settings im Rahmen der Langzeittherapie in eine Einzeltherapie oder in eine Kombination von Einzel- und Gruppentherapie mit überwiegend durchgeführter Einzeltherapie ein gutachterpflichtiger Änderungsantrag zu stellen.

## **§ 23 Behandlungsfrequenz**

(1) Psychotherapie nach § 15 ist auf maximal drei Behandlungsstunden in der Woche zu begrenzen, um eine ausreichende Therapiedauer im Rahmen der Kontingentierung zu gewährleisten.

(2) <sup>1</sup>Eine durchgehend hochfrequente Psychotherapie kann im Rahmen dieser Richtlinie keine Anwendung finden. <sup>2</sup>Bei der Therapieplanung oder im Verlauf der Behandlung kann es sich jedoch als notwendig erweisen, gegebenenfalls einen Abschnitt der Psychotherapie in einer höheren Wochenfrequenz durchzuführen, um eine größere Effektivität der Therapie zu gewährleisten. <sup>3</sup>Der entsprechende Abschnitt darf nicht das gesamte Kontingent eines Bewilligungsschrittes umfassen. <sup>4</sup>Die Notwendigkeit einer abschnittswisen höheren Wochenfrequenz ist in der Antragstellung differenziert zu begründen.

## C. Psychosomatische Grundversorgung

### § 24 Allgemeines

(1) <sup>1</sup>Die Psychotherapie im Sinne dieser Richtlinie wird in der vertragsärztlichen Versorgung ergänzt durch Maßnahmen der psychosomatischen Grundversorgung. <sup>2</sup>Dabei handelt es sich um eine möglichst frühzeitige differentialdiagnostische Klärung psychischer und psychosomatischer Krankheitszustände in ihrer ätiologischen Verknüpfung und in der Gewichtung psychischer und somatischer Krankheitsfaktoren. <sup>3</sup>Die psychosomatische Grundversorgung umfasst seelische Krankenbehandlung durch verbale Interventionen und durch übende und suggestive Interventionen bei akuten seelischen Krisen, auch im Verlauf chronischer Krankheiten und Behinderungen.

(2) <sup>1</sup>Die psychosomatische Grundversorgung kann nur im Rahmen einer übergeordneten somatopsychischen Behandlungsstrategie Anwendung finden. <sup>2</sup>Voraussetzung ist, dass die Ärztin oder der Arzt die ursächliche Beteiligung psychischer Faktoren an einem komplexen Krankheitsgeschehen festgestellt hat oder aufgrund ihrer oder seiner ärztlichen Erfahrung diese als wahrscheinlich annehmen muss. <sup>3</sup>Ziel der psychosomatischen Grundversorgung ist eine möglichst frühzeitige differentialdiagnostische Klärung komplexer Krankheitsbilder, eine verbale oder übende Basistherapie psychischer, funktioneller und psychosomatischer Erkrankungen durch die primär somatisch orientierte Ärztin oder den primär somatisch orientierten Arzt und gegebenenfalls die Indikationsstellung zur Einleitung einer ätiologisch orientierten Psychotherapie.

(3) Die begrenzte Zielsetzung der psychosomatischen Grundversorgung strebt eine an der aktuellen Krankheitssituation orientierte seelische Krankenbehandlung an; sie kann während der Behandlung von somatischen, funktionellen und psychischen Störungen von Krankheitswert als verbale Intervention oder als Anwendung übender und suggestiver Interventionen von der behandelnden Ärztin oder dem behandelnden Arzt durchgeführt werden.

### § 25 Verbale Interventionen

(1) <sup>1</sup>Die verbalen Interventionen orientieren sich in der psychosomatischen Grundversorgung an der jeweils aktuellen Krankheitssituation; sie fußen auf einer systematischen, die Introspektion fördernden Gesprächsführung und suchen Einsichten in psychosomatische Zusammenhänge des Krankheitsgeschehens und in die Bedeutung pathogener Beziehungen zu vermitteln. <sup>2</sup>Die Ärztin oder der Arzt berücksichtigt und nutzt dabei die krankheitsspezifischen Interaktionen ~~zwischen der Patientin oder dem Patienten und der Therapeutin oder dem Therapeuten mit der Patientin oder dem Patienten~~, in denen die seelische Krankheit sich darstellt. <sup>3</sup>Darüber hinaus wird angestrebt, Bewältigungsfähigkeiten der Patientin oder des Patienten, eventuell unter Einschaltung der relevanten Bezugspersonen aus dem engeren Umfeld, aufzubauen.

(2) <sup>1</sup>Die verbalen Interventionen können nur in Einzelbehandlungen durchgeführt und nicht mit übenden oder suggestiven Interventionen in derselben Sitzung kombiniert werden; sie können in begrenztem Umfang sowohl über einen kürzeren Zeitraum als auch im Verlauf chronischer Erkrankungen über einen längeren Zeitraum niederfrequent Anwendung finden, wenn eine ätiologisch orientierte Psychotherapie nach § 15 nicht indiziert ist. <sup>2</sup>Die Durchführung von Maßnahmen nach § 25 ist neben der Anwendung psychotherapeutischer Verfahren nach § 15 ausgeschlossen.

### § 26 Übende und suggestive Interventionen

(1) <sup>1</sup>Psychosomatische Grundversorgung kann auch durch übende und suggestive Interventionen unter Einschluss von Instruktionen und von Bearbeitung therapeutisch bedeutsamer Phänomene erfolgen. <sup>2</sup>Dabei können folgende Interventionen zur Anwendung kommen:

1. Autogenes Training als Einzel- oder Gruppenbehandlung (Unterstufe),
2. Jacobsonsche Relaxationstherapie als Einzel- oder Gruppenbehandlung,

### 3. Hypnose in Einzelbehandlung.

<sup>3</sup>Diese Interventionen dürfen während einer tiefenpsychologisch fundierten oder analytischen Psychotherapie grundsätzlich nicht angewendet werden.

(2) <sup>1</sup>Die Maßnahmen der psychosomatischen Grundversorgung gemäß Absatz 1 Nummer 1 und 2 sind auch als Gruppenbehandlung mit mindestens zwei bis höchstens zehn Patientinnen und Patienten durchführbar. <sup>2</sup>Eine Kombination von Einzel- und Gruppenbehandlung ist möglich.

## D. Anwendungsbereiche

### § 27 Indikationen zur Anwendung von Psychotherapie

(1) Indikationen zur Anwendung von Psychotherapie gemäß Abschnitt B und Maßnahmen der psychosomatischen Grundversorgung gemäß Abschnitt C der Richtlinie bei der Behandlung von Krankheiten können nur sein:

1. Affektive Störungen: depressive Episoden, rezidivierende depressive Störungen, Dysthymie;
2. Angststörungen und Zwangsstörungen;
3. Somatoforme Störungen und Dissoziative Störungen (Konversionsstörungen);
4. Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen;
5. Essstörungen;
6. Nichtorganische Schlafstörungen;
7. Sexuelle Funktionsstörungen;
8. Persönlichkeitsstörungen und Verhaltensstörungen;
9. Verhaltens- und emotionale Störungen mit Beginn in der Kindheit und Jugend.

(2) Psychotherapie kann neben oder nach einer somatisch ärztlichen Behandlung von Krankheiten oder deren Auswirkungen angewandt werden, wenn psychische Faktoren einen wesentlichen pathogenetischen Anteil daran haben und sich ein Ansatz für die Anwendung von Psychotherapie bietet; Indikationen hierfür können nur sein:

- 1a. Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen (Alkohol, Drogen und Medikamente), im Falle der Abhängigkeit von psychotropen Substanzen beschränkt auf den Zustand der Suchtmittelfreiheit beziehungsweise Abstinenz.

Abweichend davon ist eine Anwendung der Psychotherapie bei Abhängigkeit von psychotropen Substanzen dann zulässig, wenn die Suchtmittelfreiheit beziehungsweise Abstinenz parallel zur ambulanten Psychotherapie bis zum Ende von maximal zehn Behandlungsstunden erreicht werden kann. Das Erreichen der Suchtmittelfreiheit beziehungsweise der Abstinenz nach Ablauf dieser Behandlungsstunden ist in einer nicht von der Therapeutin Psychotherapeutin oder von dem Therapeuten Psychotherapeuten selbst ausgestellten ärztlichen Bescheinigung festzustellen. Diese Feststellung hat anhand geeigneter Nachweise zu erfolgen. Sie ist von der Therapeutin Psychotherapeutin oder von dem Therapeuten Psychotherapeuten als Teil der Behandlungsdokumentation vorzuhalten und auf Verlangen der Krankenkasse vorzulegen.

Kommt es unter der ambulanten psychotherapeutischen Behandlung zu einem Rückfall in den Substanzgebrauch, ist die ambulante Psychotherapie nur fortzusetzen, wenn unverzüglich geeignete Behandlungsmaßnahmen zur Wiederherstellung der Suchtmittelfreiheit beziehungsweise Abstinenz ergriffen werden.

- 1b. Psychische und Verhaltensstörungen durch Opioide und gleichzeitige stabile substitutionsgestützte Behandlung gemäß Richtlinie „Methoden vertragsärztliche Versorgung“, Anlage I, 2. (Substitutionsgestützte Behandlung Opiatabhängiger), beschränkt auf den Zustand der Begebrauchsfreiheit.
2. Seelische Krankheit auf Grund frühkindlicher emotionaler Mangelzustände oder tiefgreifender Entwicklungsstörungen, in Ausnahmefällen auch seelische Krankheiten, die im Zusammenhang mit frühkindlichen körperlichen Schädigungen oder Fehlbildungen stehen.
3. Seelische Krankheit als Folge schwerer chronischer Krankheitsverläufe.
4. Schizophrene und affektive psychotische Störungen.



- (3) Psychotherapie ist als Leistung der Gesetzlichen Krankenversicherung ausgeschlossen, wenn:
1. zwar seelische Krankheit vorliegt, aber ein Behandlungserfolg nicht erwartet werden kann, weil dafür bei der Patientin oder dem Patienten die Voraussetzung hinsichtlich der Motivationslage, der Motivierbarkeit oder der Umstellungsfähigkeit nicht gegeben sind, oder weil die Eigenart der neurotischen Persönlichkeitsstruktur (gegebenenfalls die Lebensumstände der Patientin oder des Patienten) dem Behandlungserfolg entgegensteht,
  2. sie nicht der Heilung oder Besserung einer seelischen Krankheit, sondern allein der beruflichen oder sozialen Anpassung oder der beruflichen oder schulischen Förderung dient,
  3. sie allein der Erziehungs-, Ehe-, Lebens- und Sexualberatung sowie der Paar- und Familienberatung dient.
- (4) Soll Psychotherapie im Rahmen einer die gesamten Lebensverhältnisse umfassenden psychosozialen Versorgung erbracht werden, so ist diese Psychotherapie nur dann und soweit eine Leistung der GKV, als sie der Behandlung von Krankheit im Sinne dieser Richtlinie dient.
- (5) Verhaltensweisen, die als psychosoziale Störung in Erscheinung treten, sind nur dann Gegenstand von Psychotherapie nach Abschnitt B und Maßnahmen der psychosomatischen Grundversorgung nach Abschnitt C der Richtlinie, wenn sie Ausdruck einer psychischen Erkrankung sind.

## E. Leistungsumfang

### § 28 Behandlungsumfang und -begrenzung

(1) Für die Durchführung der Psychotherapie ist es sowohl unter therapeutischen als auch unter wirtschaftlichen Aspekten erforderlich, nach Klärung der Diagnose und der Indikationsstellung vor Beginn der Behandlung den Behandlungsumfang und die Behandlungsfrequenz festzulegen, damit sich die Patientin oder der Patient und die Therapeutin Psychotherapeutin oder der Therapeut Psychotherapeut darauf einrichten können.

(2) Die in den §§ 29 bis 31 festgelegten Begrenzungen berücksichtigen die therapeutischen Erfahrungen in den unterschiedlichen Gebieten der Therapie und stellen einen Behandlungsumfang dar, in dem in der Regel ein Behandlungserfolg erwartet werden kann.

(3) <sup>1</sup>Die Therapiestunde im Rahmen der Richtlinien-therapie umfasst mindestens 50 Minuten, eine Doppelstunde mindestens 100 Minuten. <sup>2</sup>Bei einer Kombination von Einzel- und Gruppentherapie entsprechen die zur Verfügung gestellten Kontingente denen der überwiegend durchgeführten Anwendungsform. <sup>3</sup>Dabei wird die in der Gruppentherapie erbrachte Doppelstunde im Gesamttherapiekontingent von Einzeltherapie als Einzelstunde gezählt. <sup>4</sup>Entsprechend wird die in der Einzeltherapie erbrachte Einzelstunde im Gesamttherapiekontingent von Gruppentherapie als Doppelstunde gezählt.

(4) <sup>1</sup>Im Rahmen der tiefenpsychologisch fundierten Psychotherapie, der Verhaltenstherapie und der Systemischen Therapie können Behandlungen als Einzeltherapie der Inpatientin oder des Inpatienten auch in Doppelstunden bei intensiver Einbeziehung von relevanten Bezugspersonen nach § 9 durchgeführt werden. <sup>2</sup>Bei der Psychotherapie von Erwachsenen mit Ausnahme von Menschen mit einer geistigen Behinderung werden die entsprechenden Stunden auf das Gesamtkontingent angerechnet.

(5) Tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie als Kurzzeittherapie sowie die in § 16a Absatz 3 Nummer 4 genannte Methode können als Einzeltherapie auch in Einheiten von 25 Minuten mit entsprechender Vermehrung der Gesamtsitzungszahl erbracht werden.

(6) Verhaltenstherapie und Systemische Therapie können als Einzeltherapie auch in Einheiten von 25 Minuten mit entsprechender Vermehrung und in doppelstündigen Sitzungen mit entsprechender Verminderung der Gesamtsitzungszahl Anwendung finden.

(7) Gruppentherapie kann auch in Einheiten von 50 Minuten mit entsprechender Vermehrung der Gesamtsitzungszahl Anwendung finden.

(8) <sup>1</sup>Systemische Therapie kann im Mehrpersonensetting erbracht werden. <sup>2</sup>In diesem Fall ist dies in Einheiten von mindestens 50 Minuten und in doppelstündigen Sitzungen mit entsprechender Verminderung der Gesamtsitzungszahl durchzuführen.

(9) Bewilligte Kurzzeittherapiekontingente werden auf das Kontingent der Langzeittherapie angerechnet.

### § 29 Therapieansätze in den Verfahren nach § 15

In den Verfahren nach § 15 sind folgende Therapieansätze möglich:

1. Im Rahmen der Kurzzeittherapie 1 (KZT 1) können bis zu 12 Stunden als Einzeltherapie oder bis zu 12 Doppelstunden als Gruppentherapie durchgeführt werden. Die KZT 1 ist gemäß § 34 antragspflichtig. Erbrachte Stunden im Rahmen der psychotherapeutischen Akutbehandlung nach § 13 werden mit dem Stundenkontingent der KZT 1 verrechnet.
2. Im Rahmen der Kurzzeittherapie 2 (KZT 2) können bis zu 12 Stunden als Einzeltherapie oder bis zu 12 Doppelstunden als Gruppentherapie durchgeführt werden. Die KZT 2 ist gemäß § 34 antragspflichtig.

3. Langzeittherapie mit einer Stundenzahl, die in Bezug auf das Krankheitsbild und das geplante Therapieverfahren in der Antragsbegründung entsprechend § 30 festzulegen ist (Antragsverfahren); zugleich muss bei Anträgen auf Einzeltherapie oder auf eine Kombination von Einzel- und Gruppentherapie mit überwiegend durchgeführter Einzeltherapie das Gutachterverfahren eingeleitet werden.
4. Die Umwandlung einer Kurzzeittherapie in die Langzeittherapie muss bis zur zwanzigsten Sitzung der Kurzzeittherapie beantragt werden; zugleich muss bei Umwandlungsanträgen auf Einzeltherapie oder auf eine Kombination von Einzel- und Gruppentherapie mit überwiegend durchgeführter Einzeltherapie das Gutachterverfahren eingeleitet werden. Grundsätzlich ist der Antrag so rechtzeitig zu stellen, dass eine unmittelbare Weiterbehandlung möglich ist.

### **§ 30 Bewilligungsschritte für die Verfahren gemäß § 15**

<sup>1</sup>Die folgenden Bewilligungsschritte sind möglich. <sup>2</sup>Eine Überschreitung des mit den jeweiligen Bewilligungsschritten festgelegten Therapieumfangs ist für die folgenden Verfahren nur zulässig, wenn mit der Beendigung des Bewilligungsschrittes das Behandlungsziel nicht erreicht werden kann, aber begründete Aussicht auf Erreichung des Behandlungsziels bei Fortführung der Therapie besteht. <sup>3</sup>Es sind grundsätzlich die zugehörigen Höchstgrenzen einzuhalten:

1. Analytische Psychotherapie bei Erwachsenen
  - Bewilligungsschritte: bei Einzeltherapie bis 160 Stunden, bei Gruppentherapie bis 80 Doppelstunden
  - Höchstgrenze: bei Einzeltherapie 300 Stunden, bei Gruppentherapie 150 Doppelstunden
2. Tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie bei Erwachsenen
  - Bewilligungsschritte: bei Einzeltherapie bis 60 Stunden, bei Gruppentherapie bis 60 Doppelstunden
  - Höchstgrenze: bei Einzeltherapie 100 Stunden, bei Gruppentherapie 80 Doppelstunden
3. Verhaltenstherapie bei Erwachsenen
  - Bewilligungsschritte: bis 60 Stunden einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden
  - Höchstgrenze: 80 Stunden einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden
4. Systemische Therapie bei Erwachsenen
  - Bewilligungsschritte: bis 36 Stunden einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden
  - Höchstgrenze: 48 Stunden einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden
5. Psychotherapie von Kindern bei analytischer und tiefenpsychologisch fundierter Psychotherapie
  - Bewilligungsschritte: bei Einzeltherapie bis 70 Stunden, bei Gruppentherapie bis 60 Doppelstunden
  - Höchstgrenzen: bei Einzeltherapie 150 Stunden, bei Gruppentherapie 90 Doppelstunden
6. Verhaltenstherapie von Kindern
  - Bewilligungsschritte: bis 60 Stunden, einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden
  - Höchstgrenzen: 80 Stunden, einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden

7. Systemische Therapie bei Kindern

- Bewilligungsschritte: bis 36 Stunden einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden
- Höchstgrenze: 48 Stunden einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden

8. Psychotherapie von Jugendlichen bei analytischer und tiefenpsychologisch fundierter Psychotherapie

- Bewilligungsschritte: bei Einzeltherapie bis 90 Stunden, bei Gruppentherapie bis 60 Doppelstunden
- Höchstgrenzen: bei Einzeltherapie 180 Stunden, bei Gruppentherapie 90 Doppelstunden

9. Verhaltenstherapie bei Jugendlichen

- Bewilligungsschritte: bis 60 Stunden, einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden
- Höchstgrenzen: 80 Stunden, einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden

10. Systemische Therapie bei Jugendlichen

- Bewilligungsschritte: bis 36 Stunden einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden
- Höchtgrenze: 48 Stunden einschließlich Gruppentherapie in Doppelstunden

**§ 31 Behandlungsumfang bei übenden und suggestiven Interventionen**

<sup>1</sup>Für übende und suggestive Interventionen gelten folgende Begrenzungen:

- a) Autogenes Training (§ 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1) einzeln und in Gruppen bis 12 Sitzungen
- b) Jacobsonsche Relaxationstherapie (§ 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2) einzeln und in Gruppen bis 12 Sitzungen
- c) Hypnose (§ 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3) bis 12 Sitzungen (nur Einzelbehandlung)

<sup>2</sup>Von diesen Interventionen kann in der Regel im Behandlungsfall nur eine zur Anwendung kommen.

## F. Konsiliar-, Antrags- und Gutachterverfahren

### § 32 Konsiliarverfahren und Qualifikation der den Konsiliarbericht abgebenden Ärztinnen und Ärzte

(1) <sup>1</sup>Zur Einholung des Konsiliarberichts überweist die Psychologische Psychotherapeutin oder der Psychologische Psychotherapeut oder die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin oder der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut oder die Fachpsychotherapeutin für Erwachsene oder der Fachpsychotherapeut für Erwachsene oder die Fachpsychotherapeutin für Kinder und Jugendliche oder der Fachpsychotherapeut für Kinder und Jugendliche spätestens nach Beendigung der Probatorischen Sitzungen und vor Beginn der Richtlinien-therapie gemäß § 15 die Patientin oder den Patienten an eine Konsiliarärztin oder einen Konsiliararzt. <sup>2</sup>Auf der Überweisung ist der Konsiliarärztin oder dem Konsiliararzt eine kurze Information über die von ihr oder ihm erhobenen Befunde und die Indikation zur Durchführung einer Psychotherapie zu übermitteln.

(2) <sup>1</sup>Die Konsiliarärztin oder der Konsiliararzt hat den Konsiliarbericht nach Anforderung durch die ~~Therapeutin~~ Psychotherapeutin oder den ~~Therapeuten~~ Psychotherapeuten nach Absatz 1 nach persönlicher Untersuchung der Patientin oder des Patienten zu erstellen. <sup>2</sup>Der Bericht ist der ~~Therapeutin~~ Psychotherapeutin oder dem ~~Therapeuten~~ Psychotherapeuten möglichst zeitnah, spätestens aber drei Wochen nach der Untersuchung zu übermitteln.

(3) <sup>1</sup>Der Konsiliarbericht enthält folgende Angaben:

1. Aktuelle Beschwerden der Patientin oder des Patienten,
2. psychischer und somatischer Befund (bei Kindern und Jugendlichen insbesondere unter Berücksichtigung des Entwicklungsstandes),
3. im Zusammenhang mit den aktuellen Beschwerden relevante anamnestische Daten,
4. zu einer gegebenenfalls notwendigen psychiatrischen oder kinder- und jugendpsychiatrischen Abklärung,
5. relevante stationäre und/oder ambulante Vor- und Parallelbehandlungen inklusive gegebenenfalls laufende Medikation,
6. medizinische Diagnose(n), Differential- und Verdachtsdiagnose(n),
7. gegebenenfalls Befunde, die eine ärztliche/ärztlich veranlasste Begleitbehandlung erforderlich machen,
8. zu gegebenenfalls erforderlichen weiteren ärztlichen Untersuchungen, und
9. zu gegebenenfalls bestehenden Kontraindikationen für die Durchführung einer psychotherapeutischen Behandlung zum Zeitpunkt der Untersuchung.

<sup>2</sup>Die Konsiliarärztin oder der Konsiliararzt teilt der Krankenkasse nur die für ihre Leistungsentscheidung notwendigen Angaben mit. <sup>3</sup>Ist Psychotherapie nach Auffassung der Konsiliarärztin oder des Konsiliararztes kontraindiziert und wird dennoch ein entsprechender Antrag gestellt, so veranlasst die Krankenkasse eine Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung.

(4) <sup>1</sup>Zur Abgabe des Konsiliarberichtes sind alle Vertragsärztinnen und Vertragsärzte mit Ausnahme der folgenden Arztgruppen berechtigt: Laborärztinnen und Laborärzte, Mikrobiologinnen und Mikrobiologen und Infektionsepidemiologinnen und Infektionsepidemiologen sowie Ärztinnen und Ärzte für Nuklearmedizin, Pathologie, Radiologie, Strahlentherapie, Transfusionsmedizin und Humangenetik. <sup>2</sup>Abweichend hiervon sind für die Abgabe eines Konsiliarberichts vor einer psychotherapeutischen Behandlung von Kindern folgende Vertragsärztinnen und Vertragsärzte berechtigt: Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin, für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, für ~~innere-Innere~~ praktische-Praktische Medizin und für Allgemeinmedizin sowie ~~praktische-Praktische~~ praktische-Praktische Ärztinnen und Ärzte.

### § 33 Anzeigeverfahren

<sup>1</sup>Eine Leistung gemäß § 13 bedarf einer Anzeige gegenüber der Krankenkasse. <sup>2</sup>Hierzu teilt die Therapeutin Psychotherapeutin oder der Therapeut Psychotherapeut der Krankenkasse vor Beginn der Behandlung die Diagnose und das Datum des Behandlungsbeginns der Akutbehandlung mit. <sup>3</sup>Das Nähere zum Anzeigeverfahren wird in der Psychotherapie-Vereinbarung geregelt.

### § 34 Antragsverfahren

(1) <sup>1</sup>Die Feststellung der Leistungspflicht für Psychotherapie nach § 15 erfolgt durch die Krankenkasse auf Antrag der oder des Versicherten. <sup>2</sup>Zu diesem Antrag teilen die Therapeutinnen Psychotherapeutinnen und Therapeuten Psychotherapeuten vor der Behandlung der Krankenkasse die Diagnose mit, begründen die Indikation und beschreiben Art und Umfang der geplanten Therapie. <sup>3</sup>Wird ein gutachterpflichtiger Antrag auf Langzeittherapie gestellt oder soll eine Kurzzeittherapie in eine Langzeittherapie umgewandelt werden, so soll dieser Antrag neben den Angaben zu Diagnose, Indikation sowie Art, Umfang, Frequenz und Prognose der geplanten Therapie auch einen fallbezogenen Behandlungsplan enthalten (Bericht an die Gutachterin oder den Gutachter). <sup>4</sup>Die Krankenkasse hat über einen Antrag auf Kurzzeittherapie spätestens mit Ablauf von drei Wochen nach Antragseingang zu entscheiden. <sup>5</sup>Kann die Krankenkasse diese Fristen nicht einhalten, etwa weil der Antrag ergänzungs- oder klarstellungsbedürftig ist oder der Sachverhalt eine überdurchschnittliche Komplexität aufweist, teilt sie dies den Antragstellern unter Darlegung hinreichender Gründe und Übermittlung eines angemessenen neuen Entscheidungstermins rechtzeitig schriftlich mit. <sup>6</sup>Erfolgt bis zum Ablauf der Frist nach Satz 4 keine solche Mitteilung oder verstreicht der neue Entscheidungstermin nach Satz 5 fruchtlos, gilt die beantragte Leistung als zur Erbringung durch Therapeutinnen Psychotherapeutinnen oder Therapeuten Psychotherapeuten im Sinne dieser Richtlinie genehmigt; dies gilt nicht für solche Leistungen, die nicht nach dieser Richtlinie zu Lasten der Krankenkassen erbracht werden können. <sup>7</sup>Die Regelungen des § 13 Absatz 3a SGB V bleiben davon unberührt.

(1a) In den Fällen des § 27 Absatz 2 Nummer 1a Satz 2 und 3 entfällt jede weitere Leistungspflicht zur Fortführung der ambulanten Therapie, wenn die Gründe für die Annahme der voraussichtlichen Erreichbarkeit der Abstinenz beziehungsweise Suchtmittelfreiheit entfallen, die Abstinenz beziehungsweise Suchtmittelfreiheit tatsächlich nicht bis zum Ende von zehn Behandlungsstunden erreicht wird oder die geforderte Dokumentation nach § 27 Absatz 2 Nummer 1a Satz 2 und 3 nicht vorgelegt werden kann.

(2) <sup>1</sup>Eine Verlängerung der Therapie gemäß § 30 Satz 3 Nummer 1 bis 8 bedarf eines Fortsetzungsantrags. <sup>2</sup>Sofern ein Gutachter mit der Prüfung beauftragt wird, sind Verlauf und Ergebnis der bisherigen Therapie darzustellen und eine begründete Prognose in Bezug auf die beantragte Verlängerung abzugeben.

(3) <sup>1</sup>Ist die Psychotherapie gemäß § 29 Nummer 2 und 3 mit den dort festgelegten Leistungen nicht erfolgreich abzuschließen und soll die Therapie deshalb fortgesetzt werden, bedarf es eines Antrags auf Feststellung der Leistungspflicht. <sup>2</sup>Sofern ein Gutachter mit der Prüfung beauftragt wird, sind der Behandlungsverlauf, der erreichte Therapieerfolg und die ausführliche Begründung zur Fortsetzung der Behandlung einschließlich der prognostischen Einschätzung darzustellen.

(4) Das Nähere zum Antragsverfahren ist geregelt in § 11 der Psychotherapie-Vereinbarung in der Fassung vom 2. Februar 2017, ~~zuletzt geändert am 15. September 2021 und in Kraft getreten am 1. Oktober 2021~~ zuletzt geändert am 7. März 2024 und in Kraft getreten am 1. Juli 2024.

## § 35 Gutachterverfahren

<sup>1</sup>Bei Psychotherapie gemäß § 15 sind Anträge auf Langzeittherapie nach § 21 Absatz 1 Nummer 1 (Einzeltherapie) und nach § 22 (Kombinationsbehandlung), wenn die Kombinationsbehandlung überwiegend als Einzeltherapie erfolgt, im Bericht an die Gutachterin oder den Gutachter zu begründen. <sup>2</sup>Auf Anforderung der Krankenkasse gilt dies im Einzelfall auch für die übrigen Anwendungsformen nach § 21 und § 22 sowie für Kurzzeittherapie. <sup>3</sup>Diese sind durch eine Gutachterin oder einen Gutachter zu prüfen, die oder der bestellt ist nach § 12 der Psychotherapie-Vereinbarung in der Fassung vom 2. Februar 2017, ~~zuletzt geändert am 15. September 2021 und in Kraft getreten am 1. Oktober 2021~~ zuletzt geändert am 7. März 2024 und in Kraft getreten am 1. Juli 2024. <sup>4</sup>Die Krankenkasse kann Anträge auf Fortführung einer Langzeittherapie als Einzeltherapie oder als eine Kombination von Einzel- und Gruppentherapie mit überwiegend durchgeführter Einzeltherapie durch eine Gutachterin oder einen Gutachter prüfen lassen. <sup>5</sup>Im Falle der Ablehnung der Fortführung einer Langzeittherapie muss die Krankenkasse eine gutachterliche Stellungnahme einholen, sofern die formalen Voraussetzungen für eine Leistungsgewährung erfüllt sind. <sup>6</sup>Die Gutachterin oder der Gutachter hat sich dazu zu äußern, ob die in dieser Richtlinie genannten Voraussetzungen erfüllt sind. <sup>7</sup>Die Psychologische Psychotherapeutin oder der Psychologische Psychotherapeut oder die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin oder der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut oder die Fachpsychotherapeutin für Erwachsene oder der Fachpsychotherapeut für Erwachsene oder die Fachpsychotherapeutin für Kinder und Jugendliche oder der Fachpsychotherapeut für Kinder und Jugendliche, hat den Konsiliarbericht im verschlossenen Umschlag dem Bericht an die Gutachterin oder den Gutachter beizufügen.

## § 36 Qualifikation der Gutachterinnen und Gutachter

(1) <sup>1</sup>Im Gutachterverfahren nach dieser Richtlinie werden entsprechend qualifizierte Ärztinnen und Ärzte, Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychologische Psychotherapeuten ~~sowie~~ Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sowie Fachpsychotherapeutinnen für Erwachsene oder Fachpsychotherapeuten für Erwachsene, Fachpsychotherapeutinnen für Kinder und Jugendliche oder Fachpsychotherapeuten für Kinder und Jugendliche als Gutachterinnen und Gutachter tätig. ~~<sup>2</sup>Die nachfolgend aufgeführten Kriterien gelten für alle Gutachterinnen und Gutachter, die nach dem 1. April 2017 bestellt werden.~~ ~~<sup>3</sup>Diese Gutachterinnen und Gutachter müssen die in den Absätzen 2 bis 6 jeweils festgelegten Qualifikationen besitzen.~~

(2) <sup>1</sup>Für Begutachtungen im Bereich der tiefenpsychologisch fundierten Psychotherapie ist eine abgeschlossene Weiterbildung oder der Fachkundenachweis tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie, im Bereich der analytischen Psychotherapie ist eine abgeschlossene Weiterbildung oder der Fachkundenachweis analytische Psychotherapie, im Bereich der Systemischen Therapie ist eine abgeschlossene Weiterbildung oder der Fachkundenachweis in Systemischer Therapie und im Bereich der Verhaltenstherapie ist eine abgeschlossene Weiterbildung oder der Fachkundenachweis Verhaltenstherapie erforderlich. <sup>2</sup>Eine Bewerbung als Gutachterin oder Gutachter kann für alle Verfahren nach den §§ 16a, 16b, 17 und 18 erfolgen, für die eine abgeschlossene Weiterbildung oder ein Fachkundenachweis vorliegt.

(3) Für Begutachtungen von Anträgen zur Behandlung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen müssen – vorbehaltlich abweichender Übergangsregelungen in § 40 – folgende Voraussetzungen gegeben sein:

1. Die Gebietsbezeichnung als ~~Ärztin-Fachärztin~~ oder ~~Arzt-Facharzt~~ für Psychotherapeutische Medizin oder Psychosomatische Medizin und Psychotherapie oder Psychiatrie und Psychotherapie für die Begutachtung von Psychotherapien mit Erwachsenen oder die Gebietsbezeichnung als ~~Ärztin-Fachärztin~~ oder ~~Arzt-Facharzt~~ für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie für die Begutachtung von Psychotherapien mit Kindern und Jugendlichen

oder

die Approbation als Psychologische Psychotherapeutin oder als Psychologischer Psychotherapeut für die Begutachtung von Psychotherapien mit Erwachsenen oder die Approbation als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin oder als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut für die Begutachtung von Psychotherapien mit Kindern und Jugendlichen oder die Anerkennung als Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeut im Gebiet der Psychotherapie für Erwachsene für die Begutachtung von Psychotherapien mit Erwachsenen oder die Anerkennung als Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeut im Gebiet der Psychotherapie für Kinder und Jugendliche für die Begutachtung von Psychotherapien für Kinder und Jugendliche,

2. eine abgeschlossene Weiterbildung für Ärztinnen und Ärzte-Fachärztinnen und Fachärzte sowie für Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten in dem jeweiligen Verfahren der Psychotherapie, in dem eine Bewerbung erfolgt, oder der Fachkundenachweis in dem jeweiligen Verfahren für Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychologische Psychotherapeuten und für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, in dem eine Bewerbung erfolgt

und

der Nachweis nach § 6 Absatz 4 § 3 Absatz 4 oder § 4 Absatz 4 der Psychotherapie-Vereinbarung in der Fassung vom 2. Februar 2017, zuletzt geändert am 15. September 2021 und in Kraft getreten am 1. Oktober 2021 zuletzt geändert am 7. März 2024 und in Kraft getreten am 1. Juli 2024, im Hinblick auf die Anforderungen für das jeweilige Psychotherapieverfahren bei Kindern und Jugendlichen zusätzlich zur Fachkunde oder abgeschlossenen Weiterbildung, soweit Ärztinnen und Ärzte oder Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychologische Psychotherapeuten zur Begutachtung von Kindern und Jugendlichen bestellt werden,

3. der Nachweis von mindestens fünfjähriger Tätigkeit nach dem Abschluss einer in Nummer 2 genannten Weiter- oder Ausbildung ganz oder überwiegend auf dem Gebiet eines Psychotherapieverfahrens nach § 16 für eine Bewerbung als Gutachterin oder Gutachter für tiefenpsychologisch fundierte oder analytische Psychotherapie oder nach § 17 für eine Bewerbung als Gutachterin oder Gutachter für Verhaltenstherapie oder nach § 18 für eine Bewerbung als Gutachterin oder Gutachter für Systemische Therapie in einer Praxis oder Klinik, Poliklinik oder Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie oder Psychiatrie und Psychotherapie oder Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie,
4. der Nachweis über eine mindestens fünfjährige Tätigkeit als Dozentin oder Dozent und als Supervisorin oder Supervisor an einer Ausbildungsstätte nach § 6 § 28 des Psychotherapeutengesetzes oder an einem zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsverbund (Ärztinnen und Ärzte mit Befugnis zur gemeinsamen Weiterbildung) an einer zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten befugten zugelassenen oder ermächtigten Weiterbildungsstätte oder an einer weiterbildungsbefugten Klinik, Poliklinik oder Fachklinik mit einer Grundorientierung hinsichtlich eines Psychotherapieverfahrens nach § 16 für eine Bewerbung als Gutachterin oder Gutachter für tiefenpsychologisch fundierte oder analytische Psychotherapie oder nach § 17 für eine Bewerbung als Gutachterin oder Gutachter für Verhaltenstherapie oder nach § 18 für eine Bewerbung als Gutachterin oder Gutachter für Systemische Therapie an der entsprechende Krankenbehandlungen durchgeführt werden. Der Nachweis erfolgt durch die befugte Institution oder durch eine entsprechende Bescheinigung der Ärztekammer oder der Psychotherapeutenkammer,
5. der Nachweis einer zum Zeitpunkt der Bestellung andauernden Dozenten- und Supervisorentätigkeit auf dem Gebiet des Psychotherapieverfahrens,
6. der Nachweis einer mindestens dreijährigen und grundsätzlich aktuell andauernden Teilnahme an der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung auf dem Gebiet des jeweiligen Psychotherapieverfahrens.



(4) Für den Bereich der Begutachtung von Psychotherapien mit Kindern und Jugendlichen muss die Erfüllung der in Absatz 3 Nummer 3 bis 6 genannten Kriterien jeweils für das Psychotherapieverfahren, in dem eine Bewerbung erfolgt, bei Kindern und Jugendlichen nachgewiesen werden.

(5) Für den Bereich der Begutachtung von Psychotherapie als Gruppentherapie muss die Erfüllung der in Absatz 3 Nummer 3 bis 6 genannten Kriterien jeweils für das Psychotherapieverfahren, in dem eine Bewerbung erfolgt, als Gruppentherapie nachgewiesen werden.

~~(6) —<sup>1</sup>Nach § 12 Absatz 5 der Psychotherapie Vereinbarung in der Fassung vom 15. Januar 2015 bestellte Gutachterinnen und Gutachter können unberührt von den unter § 36 aufgeführten Voraussetzungen bis zum Ende des Zeitraums ihrer derzeitigen Bestellung tätig bleiben.<sup>2</sup>Entsprechendes gilt für Gutachterinnen und Gutachter, die nach den bis zum 30. September 2005 gültigen Psychotherapie-Richtlinien tätig gewesen sind.~~

## **G. Qualifikation und Dokumentation**

### **§ 37 Qualifikation der Leistungserbringer**

Die Qualifikation zur Durchführung der Leistungen nach dieser Richtlinie ist in der Psychotherapie-Vereinbarung näher bestimmt.

### **§ 38 Schriftliche Dokumentation**

<sup>1</sup>Leistungen nach dieser Richtlinie erfordern für jede Patientin und jeden Patienten eine schriftliche Dokumentation des Datums der Leistungserbringung, der diagnostischen Erhebungen, der wesentlichen Inhalte der psychotherapeutischen Interventionen sowie der Ergebnisse in der Patientenakte. <sup>2</sup>Die „Individuelle Patienteninformation“ gemäß § 11 Absatz 14 ist ebenfalls Bestandteil der Patientenakte.

## **H. Psychotherapie-Vereinbarung**

### **§ 39 Regelungsbereich der Psychotherapie-Vereinbarung**

- (1) Das Nähere zur Durchführung der psychotherapeutischen Versorgung regeln die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der Spitzenverband Bund der Krankenkassen durch entsprechende Vereinbarung.
- (2) Ein Verfahren zur Dokumentation psychotherapeutischer Leistungen und zur Evaluation der Prozess- und Ergebnisqualität wird zwischen den Vertragspartnern der Psychotherapie-Vereinbarung vereinbart.

## I. Übergangsregelung

### § 40 Übergangsregelung für die Qualifikationskriterien der Gutachterinnen und Gutachter im Bereich Systemische Therapie

Für Begutachtungen von Anträgen zur Behandlung von Erwachsenen sowie von Kindern und Jugendlichen im Bereich der Systemischen Therapie müssen bis einschließlich 31. Dezember 2027 abweichend von § 36 folgende Voraussetzungen gegeben sein:

1. abweichend von Absatz 3 Nummer 3: der Nachweis von mindestens dreijähriger Tätigkeit nach dem Abschluss einer Weiter- oder Ausbildung in Systemischer Therapie ganz oder überwiegend auf dem Gebiet der Systemischen Therapie in einer Praxis oder Klinik, Poliklinik oder Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie oder Psychiatrie und Psychotherapie oder Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie,
2. abweichend von Absatz 3 Nummer 4: der Nachweis über eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Dozentin oder Dozent und als Supervisorin oder Supervisor an einer Ausbildungsstätte, die zum Zeitpunkt der Bewerbung nach § 28 des Psychotherapeutengesetzes anerkannt ist, oder ~~an einem zur Weiterbildung in den in § 36 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsverbund (Ärztinnen und Ärzte mit Befugnis zur gemeinsamen Weiterbildung) an einer zur Weiterbildung in den in § 36 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gebieten befugten zugelassenen oder ermächtigten Weiterbildungsstätte~~ oder an einer weiterbildungsbefugten Klinik, Poliklinik oder Fachklinik mit einer Grundorientierung in Systemischer Therapie,
3. abweichend von Absatz 3 Nummer 6: der Nachweis einer mindestens dreijährigen und grundsätzlich aktuell andauernden Teilnahme an der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung auf dem Gebiet eines der in § 15 genannten Psychotherapieverfahren ,
4. abweichend von Absatz 4: der Nachweis der Erfüllung der in § 36 Absatz 3 Nummer 6 genannten Kriterien auf dem Gebiet eines der in § 15 genannten Psychotherapieverfahren bei Kindern und Jugendlichen sowie
5. abweichend von Absatz 5: der Nachweis der Erfüllung der in den Nummern 1 bis 3 und § 36 Absatz 3 Nummer 5 genannten Kriterien für eines der in § 15 genannten Psychotherapieverfahren als Gruppentherapie.

## J. Evaluation

### ~~Evaluation gemäß Beschluss vom 16. Juli 2015~~

~~Der G-BA überprüft innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten der Regelung in § 22 deren Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der Gruppentherapie – auch in Relation zur Einzeltherapie und entsprechenden Kombinationen – in den psychoanalytisch begründeten Verfahren.~~

### § 41 Evaluation gemäß Beschluss vom 16. Juni 2016

- (1) Die Sprechstunde wird innerhalb von fünf Jahren nach Beschlussfassung evaluiert.
- (2) Die Rezidivprophylaxe wird innerhalb von fünf Jahren nach Beschlussfassung evaluiert.
- (3) Innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten der Regelung in § 21 Absatz 1 führt der G-BA eine Evaluation bei psychoanalytisch begründeten Verfahren und bei Verhaltenstherapie durch, die überprüft, ob die Regeländerung zu einer Veränderung der Inanspruchnahme, insbesondere zur Gruppengröße und zu einer prozentualen Erhöhung (Einzel- vs. Gruppentherapie) geführt hat.

### § 42 Evaluation gemäß Beschluss vom 20. November 2020

Der G-BA überprüft innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten der Regelung in § 11a die Auswirkung der Gruppenpsychotherapeutischen Grundversorgung auf die Inanspruchnahme von Leistungen nach dieser Richtlinie sowohl im Einzel- als auch Gruppensetting.

## Anlage

Der Gemeinsame Bundesausschuss stellt gemäß § 20 Absatz 3 der Richtlinie fest:

- I. Die nachstehenden Verfahren, Methoden und Techniken können wie folgt Anwendung finden:
  1. Katathymes Bilderleben ist keine eigenständige Psychotherapie im Sinne der Richtlinie, sondern kann gegebenenfalls im Rahmen eines übergeordneten tiefenpsychologisch fundierten Therapiekonzeptes (§ 16a) Anwendung finden.
  2. Rational Emotive Therapie (RET) kann als eine Methode der kognitiven Umstrukturierung (§ 17 Absatz 2 Nummer 4) im Rahmen eines umfassenden verhaltenstherapeutischen Behandlungskonzepts Anwendung finden.
  3. Eye-Movement-Desensitization and Reprocessing (EMDR) kann bei Erwachsenen mit posttraumatischen Belastungsstörungen als Behandlungsmethode im Rahmen eines umfassenden Behandlungskonzeptes der Verhaltenstherapie, der tiefenpsychologisch fundierten Psychotherapie, analytischen Psychotherapie oder Systemischen Therapie Anwendung finden. Die Anwendung setzt eine hinreichende fachliche Befähigung voraus, das heißt eine Qualifikation in der psychotherapeutischen Behandlung der posttraumatischen Belastungsstörung einschließlich der Methode EMDR. Das Nähere ist entsprechend § 37 in der Psychotherapie-Vereinbarung zu bestimmen.
- II. Die folgenden Psychotherapieverfahren, Psychotherapiemethoden und psychotherapeutischen Techniken können keine Anwendung finden, da die Erfordernisse der Psychotherapie-Richtlinie nicht erfüllt werden:
  4. Gesprächspsychotherapie
  5. Gestalttherapie
  6. Logotherapie
  7. Psychodrama
  8. Respiratorisches Biofeedback
  9. Transaktionsanalyse



## Stellungnahme zur Änderung der Richtlinie über die Durchführung der Psychotherapie (Psychotherapie-Richtlinie): Anpassungen infolge des Psychotherapeutengesetzes und weitere Änderungen

Bundesärztekammer	
16.07.2024	
Stellungnahme / Änderungsvorschlag	Begründung
<p>§ 20 Abs. 1 S. 1 Nr. 1:</p> <p>(1) Über die in § 15 genannten Verfahren hinaus können als Psychotherapie gemäß Abschnitt A der Richtlinie in der vertragsärztlichen Versorgung andere Verfahren Anwendung finden, wenn nachgewiesen ist, dass sie die nachstehenden Voraussetzungen nach Nummer 1 bis 3 erfüllen:</p> <p><b>1. Feststellung Die in einem Gutachten des wissenschaftlichen Beirats gemäß § 8 des Psychotherapeutengesetzes ausgesprochene Empfehlung, dass das Verfahren die wissenschaftliche Anerkennung anerkannt ist des Verfahrens festzustellen und dieses für eine Weiterbildung für die umfassende psychotherapeutische Versorgung von Erwachsenen bzw. von Kindern und Jugendlichen vorzusehen.“</b></p>	<p>In § 20 der Psychotherapie-Richtlinie werden die Voraussetzungen für die Anerkennung neuer Psychotherapieverfahren und -methoden bestimmt, u. a. in § 20 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 die Feststellung der wissenschaftlichen Anerkennung gemäß § 8 PsychThG.</p> <p>Gemäß § 8 PsychThG obliegt es der zuständigen Behörde, die wissenschaftliche Anerkennung eines psychotherapeutischen Verfahrens oder einer psychotherapeutischen Methode festzustellen. Sie stützt ihre Entscheidung dabei in Zweifelsfällen auf ein Gutachten des WBP, der gemeinsam von der Bundespsychotherapeutenkammer und der Bundesärztekammer errichtet worden ist. Der WBP erstellt gemäß § 8 PsychThG auf Antrag z. B. von Behörden Gutachten zur wissenschaftlichen Anerkennung von Psychotherapieverfahren. In seinen Gutachten spricht der WBP gemäß seinem Methodenpapier (<a href="http://www.wbpsychotherapie.de/methodenpapier">www.wbpsychotherapie.de/methodenpapier</a>) Empfehlungen zur wissenschaftlichen Anerkennung von Psychotherapieverfahren aus und empfiehlt, Verfahren für eine Weiterbildung zur umfassenden psychotherapeutischen Versorgung von Erwachsenen bzw. von Kindern und Jugendlichen vorzusehen.</p>

Bundesärztekammer	
16.07.2024	
<p>§ 32 Abs. 4 Satz 1:</p> <p>Zur Abgabe des Konsiliarberichtes sind alle Vertragsärztinnen und Vertragsärzte mit Ausnahme der folgenden Arztgruppen berechtigt: Laborärztinnen und Laborärzte, Mikrobiologinnen und Mikrobiologen und Infektionsepidemiologinnen und Infektionsepidemiologen sowie <b>Fachärztinnen</b> <del>Ärztinnen</del> und <b>Fachärzte</b> <del>Ärzte</del> für Nuklearmedizin, Pathologie, Radiologie, Strahlentherapie, Transfusionsmedizin und Humangenetik.</p>	<p>Redaktioneller Hinweis bzw. Anpassung an die analoge Verwendung des Titels „Fachpsychotherapeut“ für nicht-ärztliche Psychotherapeuten mit abgeschlossener Weiterbildung im Richtlinien-text</p>
<p>§ 32 Abs. 4 Satz 2:</p> <p>Abweichend hiervon sind für die Abgabe eines Konsiliarberichts vor einer psychotherapeutischen Behandlung von Kindern folgende Vertragsärztinnen und Vertragsärzte berechtigt: Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin, für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, für <b>Innere</b> <del>innere</del> Medizin und für Allgemeinmedizin sowie <b>Praktische</b> <del>praktische</del> Ärztinnen und Ärzte</p>	<p>Redaktioneller Hinweis</p>
<p>§ 36 Abs. 3 Nr. 1:</p> <p>Die Gebietsbezeichnung als <b>Fachärztin</b> <del>Ärztin</del> oder</p>	<p>Redaktioneller Hinweis bzw. Anpassung an die analoge Verwendung des Titels „Fachpsychotherapeut“ für nicht-</p>

Bundesärztekammer	
16.07.2024	
<p><b>Facharzt <del>Arzt</del> für Psychotherapeutische Medizin oder Psychosomatische Medizin und Psychotherapie oder Psychiatrie und Psychotherapie für die Begutachtung von Psychotherapien mit Erwachsenen oder die Gebietsbezeichnung als <b>Fachärztin <del>Ärztin</del> oder <b>Facharzt <del>Arzt</del> für [...]</b></b></b></p>	<p>ärztliche Psychotherapeuten mit abgeschlossener Weiterbildung im Richtlinien-text</p>
<p>§ 36 Abs. 3 Nr. 2: [...] eine abgeschlossene Weiterbildung für Ärztinnen und Ärzte sowie für Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten in dem jeweiligen Verfahren [...]</p>	<p>Anmerkung: Unter der Maßgabe, dass eine abgeschlossene ärztliche Weiterbildung zum Facharzt führt und eine abgeschlossene psychotherapeutische Weiterbildung zum Fachpsychotherapeuten führt, müsste der Satz sprachlich angepasst werden (entweder „Fachärztinnen und Fachärzte und Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten“ oder „Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten“)</p>
<p>§ 36 Abs. 3 Nr. 4: [...] der Nachweis über eine mindestens fünfjährige Tätigkeit als Dozentin oder Dozent und als Supervisorin oder Supervisor an einer Ausbildungsstätte nach § 6 28 des Psychotherapeutengesetzes oder an einer zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten <b>zugelassenen <del>befugten</del></b> Weiterbildungsstätte [...]</p>	<p>Gemäß dem ärztlichen Weiterbildungsrecht wird der Facharzt zur Weiterbildung <i>befugt</i>; die Weiterbildung findet an einer <i>zugelassenen</i> Weiterbildungsstätte statt.</p>





**Voraussichtliche Teilnahme an der mündlichen Anhörung**

<b>Bitte klicken Sie hier und geben dann den Namen der stellungnehmenden Organisation ein.</b>		
<b>Die Anhörung findet voraussichtlich am 30.07.2024 statt</b>		
<b>Teilnahmeoptionen</b>	<b>Einladung</b>	<b>Ihre Rückmeldung zur Teilnahme</b>
<b>Wir nehmen teil.</b>	<b>Eine gesonderte Einladung wird Ihnen zugesandt</b>	<b>Bitte klicken Sie hier und geben dann "Wir nehmen teil." ein</b>
<b>Wir können derzeit nicht sagen, ob wir an der Anhörung teilnehmen.</b>	<b>Eine gesonderte Einladung wird Ihnen zugesandt</b>	<b>Bitte klicken Sie hier und geben dann "Wir nehmen teil." ein</b>
<b>Wir nehmen nicht teil. Auch bei Terminänderungen für diese Anhörung möchten wir nicht teilnehmen.</b>	<b>Sie werden nicht zur Anhörung eingeladen.</b>	<b>Wir nehmen nicht teil.</b>



## Stellungnahme zur Änderung der Richtlinie über die Durchführung der Psychotherapie (Psychotherapie-Richtlinie): Anpassungen infolge des Psychotherapeutengesetzes und weitere Änderungen

Bundespsychotherapeutenkammer	
16. Juli 2024	
Stellungnahme / Änderungsvorschlag	Begründung
<p><b>I. Nummer 1</b></p> <p>Zustimmung</p>	<p>Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) begrüßt die Anpassung der Psychotherapie-Richtlinie zur systematischen Berücksichtigung der Fachpsychotherapeut*innen für Erwachsene und der Fachpsychotherapeut*innen für Kinder und Jugendliche, die vor dem Hintergrund des Psychotherapeuten-ausbildungsreformgesetzes als neue Berufsgruppe künftig in der vertragspsychotherapeutischen Versorgung tätig sein werden.</p>
<p><b>Änderungsvorschlag zu I. Nummer 2:</b></p> <p><b>§ 20 wird wie folgt geändert:</b></p> <p>a) Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p><b>„1. Die in einem Gutachten vom Wissenschaftlichen Beirat Psychotherapie gemäß § 8 PsychThG ausgesprochene Empfehlung, die wissenschaftliche Anerkennung des Verfahrens festzustellen und dieses für eine Weiterbildung für die umfassende psychotherapeutische Versorgung von Erwachsenen bzw. von Kindern und Jugendlichen vorzusehen.“</b></p> <p>b) ...</p>	<p>Gemäß § 8 Psychotherapeutengesetz stellt nicht der Wissenschaftliche Beirat Psychotherapie selbst die wissenschaftliche Anerkennung eines psychotherapeutischen Verfahrens oder einer psychotherapeutischen Methode fest, sondern die jeweils zuständige Behörde. Die Behörde soll sich bei ihrer Entscheidung in Zweifelsfällen auf ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie stützen, der gemeinsam von der Bundespsychotherapeutenkammer und der Bundesärztekammer errichtet worden ist. Entsprechend beinhalten die Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie keine Feststellung der wissenschaftlichen Anerkennung von Psychotherapieverfahren und Psychotherapiemethoden, sondern Empfehlungen an die jeweils zuständigen Behörden. Die Kriterien für die Empfehlungen für die Weiterbildung werden dabei im Methodenpapier Version 3.0 des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie gemäß § 8 PsychThG näher spezifiziert. Danach ist für die Empfehlung für eine Weiterbildung in einem wissenschaftlich anerkannten Psychotherapieverfahren für die umfassende psychotherapeutische Versorgung von Erwachsenen erforderlich, dass dessen wissenschaftliche Anerkennung mindestens bei den Anwendungsbereichen gemäß des jeweiligen „Schwellenkriteriums“ für die</p>

Bundespsychotherapeutenkammer	
16. Juli 2024	
	<p>Psychotherapie bei Erwachsenen bzw. bei Kindern und Jugendlichen nachgewiesen wurde. Dieses im Methodenpapier 3.0 definierte „Schwellenkriterium“ entspricht im Wesentlichen den jeweiligen in § 20 Absatz 1 Nummer 2 bzw. § 20 Absatz 1 Nummer 3 Psychotherapie-Richtlinie genannten Voraussetzungen für die Anerkennung neuer Psychotherapieverfahren und -methoden. Der Verweis auf die Empfehlung für die Weiterbildung ist aus Sicht der BPtK geboten, da der Nachweis der wissenschaftlichen Anerkennung bei einzelnen Anwendungsbereichen gemäß Methodenpapier Version 3.0 des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie gemäß § 8 PsychThG nicht ausreichend ist, um den zuständigen Behörden die wissenschaftliche Anerkennung als Psychotherapieverfahren und eine Weiterbildung in dem Verfahren für eine umfassende psychotherapeutische Versorgung zu empfehlen.</p>
<p><b>Änderungsvorschlag zu I. Nr. 6 c):</b></p> <p>aa) „In Nummer 1 werden <b>die Wörter „Ärztin oder Arzt“ jeweils durch die Wörter „Fachärztin oder Facharzt“ ersetzt und</b> nach den Wörtern „Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen“ die Wörter „oder die Anerkennung als Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeut im Gebiet der Psychotherapie für Erwachsene für die Begutachtung von Psychotherapien mit Erwachsenen oder die Anerkennung als Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeut im Gebiet der Psychotherapie für Kinder und Jugendliche für die Begutachtung von Psychotherapien für Kinder und Jugendliche,“ eingefügt“.</p> <p>bb) In Nummer 2 werden nach den Wörtern „eine abgeschlossene Weiterbildung für Ärztinnen und Ärzte“ die Wörter „sowie für Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten“ eingefügt, <b>die Wörter „Ärztinnen und Ärzte“ durch die</b></p>	<p>Zutreffend werden in § 36 Absatz 1 Nummern 1 und 2 bei der Definition der Qualifikationsvoraussetzungen für Gutachterinnen und Gutachter die neuen Bezeichnungen Fachpsychotherapeutin und Fachpsychotherapeut für Erwachsene bzw. Kinder und Jugendliche berücksichtigt. Aus Gründen der Konsistenz sollte in diesem Zusammenhang die Regelung dahingehend angepasst werden, als dass auch bei den ärztlichen Psychotherapeut*innen die korrekten Bezeichnungen „Fachärztin“ bzw. „Facharzt“ verwendet werden.</p>

Bundespsychotherapeutenkammer	
16. Juli 2024	
<p><b>Wörter „Fachärztinnen und Fachärzte“</b> sowie die Angabe „§ 6 Absatz 4“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 4 oder § 4 Absatz 4“ ersetzt.</p>	
<p><b>Änderungsvorschlag zu Nr. 6 c) cc) und Nr. 7</b></p> <p>cc) In Nummer 4 werden die Angabe „§ 6“ durch die Angabe „§ 28“ ersetzt, die Wörter „an einem zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsverbund“ durch die Wörter „an einer zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten <del>befugten</del><b>zugelassenen</b> Weiterbildungsstätte“ ersetzt, die Wörter „(Ärztinnen und Ärzte mit Befugnis zur gemeinsamen Weiterbildung)“ gestrichen sowie nach den Wörtern „Bescheinigung der Ärztekammer“ die Wörter „oder der Psychotherapeutenkammer“ eingefügt.</p> <p>...</p> <p>7. In § 40 Nummer 2 werden die Wörter „an einem zur Weiterbildung in den in § 36 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsverbund“ durch die Wörter „an einer zur Weiterbildung in den in § 36 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gebieten <del>befugten</del><b>zugelassenen</b> Weiterbildungsstätte“ ersetzt und die Wörter „(Ärztinnen und Ärzte mit Befugnis zur gemeinsamen Weiterbildung)“ gestrichen.</p>	<p>In den Heilberufe-Kammergesetzen der Länder wird der Begriff der Befugnis lediglich auf die zur Weiterbildung befugten Personen angewendet und nicht auf die Einrichtungen bzw. Weiterbildungsstätten. In diesen Fällen ist der Begriff der Zulassung bzw. der Terminus der „zugelassenen“ Weiterbildungsstätte üblich und sollte auch im Normtext der Psychotherapie-Richtlinie verwendet werden.</p>
<p><b>I. Nummern 10 bis 13</b></p> <p>Zustimmung</p>	<p>Die Bundespsychotherapeutenkammer begrüßt die vorgesehene begriffliche Präzisierung, mit der künftig in der Psychotherapie-Richtlinie die gesetzlich geschützte Berufsbezeichnung der „Psychotherapeutin“ bzw. des „Psychotherapeuten“ anstelle des unbestimmten Begriffs der „Therapeutin“ bzw. des</p>

Bundespsychotherapeutenkammer	
16. Juli 2024	
	<p>„Therapeuten“ verwendet werden soll. Die abweichende Definition in § 1 Absatz 2 PT-RL unter Verweis auf das Vorliegen einer Genehmigung zur Ausführung und Abrechnung psychotherapeutischer Leistungen nach § 15 der Psychotherapie-Richtlinie als persönliche Leistung ist dabei für diese Zwecke sachgerecht.</p> <p>Mit Blick auf die Ausführungen in den Tragenden Gründen sei dabei auf die Unterscheidung zwischen der Berufsbezeichnung nach § 1 Absatz 1 Satz 1 PsychThG und der Bezeichnung nach § 1 Absatz 1 Satz 4 PsychThG verwiesen. Nach § 1 Absatz 1 Satz 1 des PsychThG darf Psychotherapie unter der <b>Berufsbezeichnung „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“</b> nur ausüben, wer über eine Approbation als „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“ verfügt. § 1 Absatz 1 Satz 4 PsychThG regelt dagegen, dass die <b>Bezeichnung „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“</b> über die Sätze 1 und 2 oder die Absätze 5 und 6 hinaus von anderen Personen als Ärztinnen und Ärzten, Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychologischen Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten nicht geführt werden darf.</p>

**Voraussichtliche Teilnahme an der mündlichen Anhörung**

Bundespsychotherapeutenkammer		
Die Anhörung findet voraussichtlich am 30.07.2024 statt		
<b>Teilnahmeoptionen</b>	<b>Einladung</b>	<b>Ihre Rückmeldung zur Teilnahme</b>
Wir nehmen teil.	Eine gesonderte Einladung wird Ihnen zugesandt	
Wir können derzeit nicht sagen, ob wir an der Anhörung teilnehmen.	Eine gesonderte Einladung wird Ihnen zugesandt	
Wir nehmen nicht teil. Auch bei Terminänderungen für diese Anhörung möchten wir nicht teilnehmen.	Sie werden nicht zur Anhörung eingeladen.	Wir nehmen nicht teil.

### Auswertung der schriftlichen Stellungnahmen

Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
BÄK	<p>§ 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1: (1) Über die in § 15 genannten Verfahren hinaus können als Psychotherapie gemäß Abschnitt A der Richtlinie in der vertragsärztlichen Versorgung andere Verfahren Anwendung finden, wenn nachgewiesen ist, dass sie die nachstehenden Voraussetzungen nach Nummer 1 bis 3 erfüllen:</p> <p>1. <del>Feststellung</del> Die in einem Gutachten des wissenschaftlichen Beirats gemäß § 8 des Psychotherapeutengesetzes ausgesprochene Empfehlung, <del>dass das Verfahren</del> die wissenschaftliche Anerkennung <del>anerkannt</del> ist des Verfahrens festzustellen und dieses für eine Weiterbildung für die umfassende psychotherapeutische Versorgung von Erwachsenen bzw. von Kindern und Jugendlichen vorzusehen.“</p>	<p>In § 20 der Psychotherapie-Richtlinie werden die Voraussetzungen für die Anerkennung neuer Psychotherapieverfahren und -methoden bestimmt, u. a. in § 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 die Feststellung der wissenschaftlichen Anerkennung gemäß § 8 PsychThG. Gemäß § 8 PsychThG obliegt es der zuständigen Behörde, die wissenschaftliche Anerkennung eines psychotherapeutischen Verfahrens oder einer psychotherapeutischen Methode festzustellen. Sie stützt ihre Entscheidung dabei in Zweifelsfällen auf ein Gutachten des WBP, der gemeinsam von der Bundespsychotherapeutenkammer und der Bundesärztekammer errichtet worden ist. Der WBP erstellt gemäß § 8 PsychThG auf Antrag z. B. von Behörden Gutachten zur wissenschaftlichen Anerkennung von Psychotherapieverfahren. In</p>	<p>Dem Änderungsvorschlag wird gefolgt, aber eine andere Formulierung gewählt (vgl. Tragende Gründe). § 20 Absatz 2 und Absatz 3 werden entsprechend angepasst.</p>	<p>§ 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1: (1) Über die in § 15 genannten Verfahren hinaus können als Psychotherapie gemäß Abschnitt A der Richtlinie in der vertragsärztlichen Versorgung andere Verfahren Anwendung finden, wenn nachgewiesen ist, dass sie die nachstehenden Voraussetzungen nach Nummer 1 bis 3 erfüllen:</p> <p>1. Die in einem Gutachten des wissenschaftlichen Beirats gemäß § 8 des Psychotherapeutengesetzes ausgesprochene Empfehlung, die wissenschaftliche Anerkennung des Verfahrens festzustellen und dieses für eine Weiterbildung für die psychotherapeutische Versorgung von Erwachsenen oder von Kindern und Jugendlichen vorzusehen.“</p> <p>§ 20 Absatz 2: Eine neue Methode kann nach vorangegangener Empfehlung zur</p>



Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
		seinen Gutachten spricht der WBP gemäß seinem Methodenpapier ( <a href="http://www.wbpsychotherapie.de/methodenpapier">www.wbpsychotherapie.de/methodenpapier</a> ) Empfehlungen zur wissenschaftlichen Anerkennung von Psychotherapieverfahren aus und empfiehlt, Verfahren für eine Weiterbildung zur umfassenden psychotherapeutischen Versorgung von Erwachsenen bzw. von Kindern und Jugendlichen vorzusehen.		Anerkennung durch den wissenschaftlichen Beirat [...]  § 20 Absatz 3: In begründeten Ausnahmefällen kann von der in Absatz 1 Nummer 1 und in Absatz 2 geregelten Voraussetzung einer vorherigen Empfehlung zur Anerkennung [...]
	§ 32 Absatz 4 Satz 1: Zur Abgabe des Konsiliarberichtes sind alle Vertragsärztinnen und Vertragsärzte mit Ausnahme der folgenden Arztgruppen berechtigt: Laborärztinnen und Laborärzte, Mikrobiologinnen und Mikrobiologen und Infektionsepidemiologinnen und Infektionsepidemiologen sowie Fachärztinnen <del>Ärztinnen</del> und Fachärzte <del>Ärzte</del> für Nuklearmedizin, Pathologie, Radiologie, Strahlentherapie, Transfusionsmedizin und Humangenetik.	Redaktioneller Hinweis bzw. Anpassung an die analoge Verwendung des Titels „Fachpsychotherapeut“ für nicht-ärztliche Psychotherapeuten mit abgeschlossener Weiterbildung im Richtlinien-text	Dem Änderungsvorschlag wird nicht entsprochen. Das Konsiliarverfahren soll zu einem späteren Zeitpunkt insgesamt beraten werden, nachdem die derzeitigen Debatten im Bundestag zum Entwurf eines	

Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
			Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsver- sorgung in der Kommune (Gesundheitsver- sorgungsstär- kungsgesetz- GVSG) abgeschlossen sind. In diesem Kontext wird der Vorschlag der BÄK berücksichtigt werden.	
	§ 32 Absatz 4 Satz 2: Abweichend hiervon sind für die Abgabe eines Konsiliarberichts vor einer psychotherapeutischen Behandlung von Kindern folgende Vertragsärztinnen und Vertragsärzte berechtigt: Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin, für Kinder- und Jugendpsychiatrie und - psychotherapie, für Innere <del>innere</del> Medizin und für Allgemeinmedizin	Redaktioneller Hinweis	Dem Änderungsvor- schlag wird gefolgt.	§ 32 Absatz 4 Satz 2: Abweichend hiervon sind für die Abgabe eines Konsiliarberichts vor einer psychotherapeutischen Behandlung von Kindern folgende Vertragsärztinnen und Vertragsärzte berechtigt: Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin, für Kinder- und Jugendpsychiatrie und - psychotherapie, für Innere Medizin

Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
	sowie Praktische <del>praktische</del> Ärztinnen und Ärzte			und für Allgemeinmedizin sowie Praktische Ärztinnen und Ärzte.
	§ 36 Absatz 3 Nummer 1: Die Gebietsbezeichnung als Fachärztin <del>Ärztin</del> oder Facharzt <del>Arzt</del> für Psychotherapeutische Medizin oder Psychosomatische Medizin und Psychotherapie oder Psychiatrie und Psychotherapie für die Begutachtung von Psychotherapien mit Erwachsenen oder die Gebietsbezeichnung als Fachärztin <del>Ärztin</del> oder Facharzt <del>Arzt</del> für [...]	Redaktioneller Hinweis bzw. Anpassung an die analoge Verwendung des Titels „Fachpsychotherapeut“ für nicht-ärztliche Psychotherapeuten mit abgeschlossener Weiterbildung im Richtlinienentext	Dem Änderungsvorschlag wird gefolgt.	§ 36 Absatz 3 Nummer 1: Die Gebietsbezeichnung als Fachärztin oder Facharzt für Psychotherapeutische Medizin oder Psychosomatische Medizin und Psychotherapie oder Psychiatrie und Psychotherapie für die Begutachtung von Psychotherapien mit Erwachsenen oder die Gebietsbezeichnung als Fachärztin oder Facharzt für [...]
	§ 36 Absatz 3 Nummer 2: [...] eine abgeschlossene Weiterbildung für Ärztinnen und Ärzte sowie für Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten in dem jeweiligen Verfahren [...]	Anmerkung: Unter der Maßgabe, dass eine abgeschlossene ärztliche Weiterbildung zum Facharzt führt und eine abgeschlossene psychotherapeutische Weiterbildung zum Fachpsychotherapeuten führt, müsste der Satz sprachlich angepasst werden (entweder „Fachärztinnen und Fachärzte und Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten“ oder „Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten“)	Dem Änderungsvorschlag wird gefolgt.	§ 36 Absatz 3 Nummer 2: [...] eine abgeschlossene Weiterbildung für Fachärztinnen und Fachärzte sowie für Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten in dem jeweiligen Verfahren [...]

Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
	§ 36 Absatz 3 Nummer 4: [...] der Nachweis über eine mindestens fünfjährige Tätigkeit als Dozentin oder Dozent und als Supervisorin oder Supervisor an einer Ausbildungsstätte nach § 28 des Psychotherapeutengesetzes oder an einer zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten zugelassenen <del>befugten</del> Weiterbildungsstätte [...]	Gemäß dem ärztlichen Weiterbildungsrecht wird der Facharzt zur Weiterbildung <i>befugt</i> ; die Weiterbildung findet an einer <i>zugelassenen</i> Weiterbildungsstätte statt.	Dem Änderungsvor- schlag wird weitgehend gefolgt und um die nach § 13 Absatz 1 Musterweiterbil- dungsordnung Psychothera- peut*innen „ermächtigten“ Weiterbildungs- stätten ergänzt.	§ 36 Absatz 3 Nummer 4: [...] der Nachweis über eine mindestens fünfjährige Tätigkeit als Dozentin oder Dozent und als Supervisorin oder Supervisor an einer Ausbildungsstätte nach § 28 des Psychotherapeutengesetzes oder an einer zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten zugelassenen oder ermächtigten Weiterbildungsstätte [...]
<b>BPtK</b>	<b>I. Nummer 1</b>  Zustimmung	Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) begrüßt die Anpassung der Psychotherapie-Richtlinie zur systematischen Berücksichtigung der Fachpsychotherapeut*innen für Erwachsene und der Fachpsychotherapeut*innen für Kinder und Jugendliche, die vor dem Hintergrund des Psychotherapeutenausbildungsrefor- mgesetzes als neue Berufsgruppe künftig in der	Kenntnisnahme	

Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
		vertragspsychotherapeutischen Versorgung tätig sein werden.		
	<p><b>Änderungsvorschlag zu I. Nummer 2:</b></p> <p><b>§ 20 wird wie folgt geändert:</b></p> <p>a) <b>Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:</b></p> <p><b>„1. Die in einem Gutachten vom Wissenschaftlichen Beirat Psychotherapie gemäß § 8 PsychThG ausgesprochene Empfehlung, die wissenschaftliche Anerkennung des Verfahrens festzustellen und dieses für eine Weiterbildung für die umfassende psychotherapeutische Versorgung von Erwachsenen bzw. von Kindern und Jugendlichen vorzusehen.“</b></p> <p>b) ...</p>	<p>Gemäß § 8 Psychotherapeutengesetz stellt nicht der Wissenschaftliche Beirat Psychotherapie selbst die wissenschaftliche Anerkennung eines psychotherapeutischen Verfahrens oder einer psychotherapeutischen Methode fest, sondern die jeweils zuständige Behörde. Die Behörde soll sich bei ihrer Entscheidung in Zweifelsfällen auf ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie stützen, der gemeinsam von der Bundespsychotherapeutenkammer und der Bundesärztekammer errichtet worden ist. Entsprechend beinhalten die Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie keine Feststellung der wissenschaftlichen Anerkennung von Psychotherapieverfahren und Psychotherapiemethoden, sondern Empfehlungen an die jeweils zuständigen Behörden. Die Kriterien</p>	<p>Dem Änderungsvorschlag wird gefolgt, aber eine andere Formulierung gewählt (vgl. Tragende Gründe). § 20 Absatz 2 und Absatz 3 werden entsprechend angepasst.</p>	<p>siehe BÄK</p>

Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
		<p>für die Empfehlungen für die Weiterbildung werden dabei im Methodenpapier Version 3.0 des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie gemäß § 8 PsychThG näher spezifiziert. Danach ist für die Empfehlung für eine Weiterbildung in einem wissenschaftlich anerkannten Psychotherapieverfahren für die umfassende psychotherapeutische Versorgung von Erwachsenen erforderlich, dass dessen wissenschaftliche Anerkennung mindestens bei den Anwendungsbereichen gemäß des jeweiligen „Schwellenkriteriums“ für die Psychotherapie bei Erwachsenen bzw. bei Kindern und Jugendlichen nachgewiesen wurde. Dieses im Methodenpapier 3.0 definierte „Schwellenkriterium“ entspricht im Wesentlichen den jeweiligen in § 20 Absatz 1 Nummer 2 bzw. § 20 Absatz 1 Nummer 3 Psychotherapie-Richtlinie genannten Voraussetzungen für die Anerkennung neuer</p>		

Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
		<p>Psychotherapieverfahren und -methoden. Der Verweis auf die Empfehlung für die Weiterbildung ist aus Sicht der BPTK geboten, da der Nachweis der wissenschaftlichen Anerkennung bei einzelnen Anwendungsbereichen gemäß Methodenpapier Version 3.0 des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie gemäß § 8 PsychThG nicht ausreichend ist, um den zuständigen Behörden die wissenschaftliche Anerkennung als Psychotherapieverfahren und eine Weiterbildung in dem Verfahren für eine umfassende psychotherapeutische Versorgung zu empfehlen.</p>		
	<p><b>Änderungsvorschlag zu I. Nummer 6 c):</b>                   aa) „In Nummer 1 werden <b>die Wörter „Ärztin oder Arzt“ jeweils durch die Wörter „Fachärztin oder Facharzt“ ersetzt und</b> nach den Wörtern „Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen“ die Wörter „oder die Anerkennung als</p>	<p>Zutreffend werden in § 36 Absatz 1 Nummern 1 und 2 bei der Definition der Qualifikationsvoraussetzungen für Gutachterinnen und Gutachter die neuen Bezeichnungen Fachpsychotherapeutin und Fachpsychotherapeut für Erwachsene bzw. Kinder und Jugendliche berücksichtigt. Aus Gründen der Konsistenz sollte in</p>	<p>Dem Änderungsvorschlag wird gefolgt.</p>	<p>siehe BÄK</p>

Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
	<p>Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeut im Gebiet der Psychotherapie für Erwachsene für die Begutachtung von Psychotherapien mit Erwachsenen oder die Anerkennung als Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeut im Gebiet der Psychotherapie für Kinder und Jugendliche für die Begutachtung von Psychotherapien für Kinder und Jugendliche,“ eingefügt“.</p> <p>bb) In Nummer 2 werden nach den Wörtern „eine abgeschlossene Weiterbildung für Ärztinnen und Ärzte“ die Wörter „so- wie für Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten“ eingefügt, <b>die Wörter „Ärztinnen und Ärzte“ durch die Wörter „Fachärztinnen und Fachärzte“</b> sowie die Angabe „§ 6 Absatz 4“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 4 oder § 4 Absatz 4“ ersetzt.</p>	<p>diesem Zusammenhang die Regelung dahingehend angepasst werden, als dass auch bei den ärztlichen Psychotherapeut*innen die korrekten Bezeichnungen „Fachärztin“ bzw. „Facharzt“ verwendet werden.</p>		
	<p><b>Änderungsvorschlag zu Nummer 6 c) cc) und Nummer 7</b></p> <p>cc) In Nummer 4 werden die Angabe „§ 6“ durch die Angabe „§ 28“ ersetzt,</p>	<p>In den Heilberufe-Kammergesetzen der Länder wird der Begriff der Befugnis lediglich auf die zur Weiterbildung befugten Personen</p>	<p>Dem Änderungsvorschlag wird weitgehend gefolgt und um</p>	<p>§ 36 Absatz 3 Nummer 4: [...] der Nachweis über eine mindestens fünfjährige Tätigkeit als Dozentin oder Dozent und als Supervisorin oder Supervisor an</p>



Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
	<p>die Wörter „an einem zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsverbund“ durch die Wörter „an einer zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten <del>befugten</del> <b>zugelassenen</b> Weiterbildungsstätte“ ersetzt, die Wörter „(Ärztinnen und Ärzte mit Befugnis zur gemeinsamen Weiterbildung)“ gestrichen sowie nach den Wörtern „Bescheinigung der Ärztekammer“ die Wörter „oder der Psychotherapeutenkammer“ eingefügt.</p> <p>...</p> <p>7. In § 40 Nummer 2 werden die Wörter „an einem zur Weiterbildung in den in § 36 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsverbund“ durch die Wörter „an einer zur Weiterbildung in den in § 36 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gebieten <del>befugten</del> <b>zugelassenen</b> Weiterbildungsstätte“</p>	<p>angewendet und nicht auf die Einrichtungen bzw. Weiterbildungsstätten. In diesen Fällen ist der Begriff der Zulassung bzw. der Terminus der „zugelassenen“ Weiterbildungsstätte üblich und sollte auch im Normtext der Psychotherapie-Richtlinie verwendet werden.</p>	<p>die nach § 13 Absatz 1 Musterweiterbildungsordnung Psychotherapeut*innen „ermächtigten“ Weiterbildungsstätten ergänzt.</p>	<p>einer Ausbildungsstätte nach § 28 des Psychotherapeutengesetzes oder an einer zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten zugelassenen oder ermächtigten Weiterbildungsstätte [...]</p> <p>§ 40 Nummer 2:                  [...] an einer zur Weiterbildung in den in § 36 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gebieten zugelassenen oder ermächtigten Weiterbildungsstätte [...]</p>

Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
	ersetzt und die Wörter „Ärztinnen und Ärzte mit Befugnis zur gemeinsamen Weiterbildung“ gestrichen.			
	<p><b>I. Nummern 10 bis 13</b></p> <p>Zustimmung</p>	<p>Die Bundespsychotherapeutenkammer begrüßt die vorgesehene begriffliche Präzisierung, mit der künftig in der Psychotherapie-Richtlinie die gesetzlich geschützte Berufsbezeichnung der „Psychotherapeutin“ bzw. des „Psychotherapeuten“ anstelle des unbestimmten Begriffs der „Therapeutin“ bzw. des „Therapeuten“ verwendet werden soll. Die abweichende Definition in § 1 Absatz 2 PT-RL unter Verweis auf das Vorliegen einer Genehmigung zur Ausführung und Abrechnung psychotherapeutischer Leistungen nach § 15 der Psychotherapie-Richtlinie als persönliche Leistung ist dabei für diese Zwecke sachgerecht.</p> <p>Mit Blick auf die Ausführungen in den Tragenden Gründen sei dabei auf die Unterscheidung zwischen der</p>	Kenntnisaufnahme	

Inst./ Org.	Änderungsvorschlag/ Kommentar	Begründung	Würdigung	Beschlussentwurf
		<p>Berufsbezeichnung nach § 1 Absatz 1 Satz 1 PsychThG und der Bezeichnung nach § 1 Absatz 1 Satz 4 PsychThG verwiesen. Nach § 1 Absatz 1 Satz 1 des PsychThG darf Psychotherapie unter der <b>Berufsbezeichnung „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“</b> nur ausüben, wer über eine Approbation als „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“ verfügt. § 1 Absatz 1 Satz 4 PsychThG regelt dagegen, dass die <b>Bezeichnung „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“</b> über die Sätze 1 und 2 oder die Absätze 5 und 6 hinaus von anderen Personen als Ärztinnen und Ärzten, Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychologischen Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten nicht geführt werden darf.</p>		



Bundesministerium für Gesundheit, 11055 Berlin

Gemeinsamer Bundesausschuss  
Gutenbergstraße 13  
10587 Berlin

Glinkastraße 35  
10117 Berlin

Postanschrift:  
11055 Berlin

Tel. +49 30 18 441-4514

bearbeitet von:  
Dr. Josephine Tautz

**Ausschließlich per Fax: 030 - 275838105**

Leiterin des Referates 213  
"Gemeinsamer Bundesausschuss,  
Strukturierte Behandlungs-  
programme (DMP), Allgemeine  
medizinische Fragen in der GKV"

[213@bmg.bund.de](mailto:213@bmg.bund.de)

[www.bundesgesundheitsministerium.de](http://www.bundesgesundheitsministerium.de)

**Betreff: Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses gem. § 91 SGB V  
vom 15. August 2024**

**Bezug: Änderung der Psychotherapie-Richtlinie: Anpassungen infolge des  
Psychotherapeutengesetzes und weitere Änderungen**

Geschäftszeichen: 60704#00004

Berlin, 14.10.2024

Seite 1 von 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

der von Ihnen gemäß § 94 SGB V vorgelegte o. g. Beschluss vom 15. August  
2024 über eine Änderung der Psychotherapie-Richtlinie wird nicht  
beanstandet.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

Dr. Josephine Tautz

# Beschluss



Gemeinsamer  
Bundesausschuss

## des Gemeinsamen Bundesausschusses über eine Änderung der Psychotherapie-Richtlinie: Anpassungen infolge des Psychotherapeutengesetzes und weitere Änderungen

Vom 15. August 2024

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat in seiner Sitzung am 15. August 2024 beschlossen, die Psychotherapie-Richtlinie in der Fassung vom 19. Februar 2009 (BAnz, S. 1399), die zuletzt durch die Bekanntmachung des Beschlusses vom 21. März 2024 (BAnz AT 18.06.2024 B3) geändert worden ist, wie folgt zu ändern:

I. Die Richtlinie wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 2 werden nach den Wörtern „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut,“ die Wörter „die Fachpsychotherapeutin für Erwachsene oder der Fachpsychotherapeut für Erwachsene oder die Fachpsychotherapeutin für Kinder und Jugendliche oder der Fachpsychotherapeut für Kinder und Jugendliche,“ eingefügt.
2. § 20 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst: „1. Die in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie gemäß § 8 PsychThG ausgesprochene Empfehlung, die wissenschaftliche Anerkennung des Verfahrens festzustellen und dieses für eine Weiterbildung für die psychotherapeutische Versorgung von Erwachsenen oder von Kindern und Jugendlichen vorzusehen“.
  - b) In Absatz 2 und 3 werden jeweils vor dem Wort „Anerkennung“ die Wörter „Empfehlung zur“ eingefügt und jeweils die Angabe „§ 11“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.
3. In § 25 Absatz 1 werden die Wörter „zwischen der Patientin oder dem Patienten und der Therapeutin oder dem Therapeuten“ durch die Wörter „mit der Patientin oder dem Patienten“ ersetzt.
4. In § 32 Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Therapeuten“ die Wörter „nach Absatz 1“ eingefügt.
5. In § 32 Absatz 1 Satz 1 und § 35 Satz 7 werden jeweils nach den Wörtern „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut“ die Wörter „oder die Fachpsychotherapeutin für Erwachsene oder der Fachpsychotherapeut für Erwachsene oder die Fachpsychotherapeutin für Kinder und Jugendliche oder der Fachpsychotherapeut für Kinder und Jugendliche“ eingefügt.
6. In § 32 Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „innere Medizin“ durch die Wörter „Innere Medizin“ sowie die Wörter „praktische Ärztinnen“ durch die Wörter „Praktische Ärztinnen“ ersetzt.

7. § 36 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 wird nach den Wörtern „Psychologische Psychotherapeuten“ das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach den Wörtern „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten“ die Wörter „sowie Fachpsychotherapeutinnen für Erwachsene oder Fachpsychotherapeuten für Erwachsene, Fachpsychotherapeutinnen für Kinder und Jugendliche oder Fachpsychotherapeuten für Kinder und Jugendliche“ eingefügt.
  - b) In Absatz 1 werden die Sätze 2 und 3 aufgehoben.
  - c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Nummer 1 werden die Wörter „Ärztin oder Arzt“ jeweils durch die Wörter „Fachärztin oder Facharzt“ ersetzt und nach den Wörtern „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut für die Begutachtung von Psychotherapien mit Kindern und Jugendlichen“ die Wörter „oder die Anerkennung als Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeut im Gebiet der Psychotherapie für Erwachsene für die Begutachtung von Psychotherapien mit Erwachsenen oder die Anerkennung als Fachpsychotherapeutin oder Fachpsychotherapeut im Gebiet der Psychotherapie für Kinder und Jugendliche für die Begutachtung von Psychotherapien für Kinder und Jugendliche,“ eingefügt.
    - bb) In Nummer 2 werden nach den Wörtern „eine abgeschlossene Weiterbildung für Ärztinnen und Ärzte“ die Wörter „sowie für Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten“ eingefügt, die Wörter „Ärztinnen und Ärzte“ durch die Wörter „Fachärztinnen und Fachärzte“ sowie die Angabe „§ 6 Absatz 4“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 4 oder § 4 Absatz 4“ ersetzt.
    - cc) In Nummer 4 wird die Angabe „§ 6“ durch die Angabe „§ 28“ ersetzt, werden die Wörter „an einem zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsverbund“ durch die Wörter „an einer zur Weiterbildung in den in Nummer 1 genannten Gebieten zugelassenen oder ermächtigten Weiterbildungsstätte“ ersetzt, die Wörter „(Ärztinnen und Ärzte mit Befugnis zur gemeinsamen Weiterbildung)“ gestrichen sowie nach den Wörtern „Bescheinigung der Ärztekammer“ die Wörter „oder der Psychotherapeutenkammer“ eingefügt.
  - d) Absatz 6 wird aufgehoben.
8. In § 40 Nummer 2 werden die Wörter „an einem zur Weiterbildung in den in § 36 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gebieten befugten Weiterbildungsverbund“ durch die Wörter „an einer zur Weiterbildung in den in § 36 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gebieten zugelassenen oder ermächtigten Weiterbildungsstätte“ ersetzt und die Wörter „(Ärztinnen und Ärzte mit Befugnis zur gemeinsamen Weiterbildung)“ gestrichen.
9. § 41 wird aufgehoben.
10. Die bisherigen §§ 42 und 43 werden die §§ 41 und 42.
11. In § 1 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2, 3, 8 Satz 1, § 11 Absatz 6 und 13, § 21 Absatz 1 Nummer 2 Satz 2 und 3, § 22 Absatz 2 sowie § 34 Absatz 1 Satz 2 und 6 wird jeweils das Wort „Therapeutinnen“ durch das Wort „Psychotherapeutinnen“ ersetzt.
12. In § 1 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2, 3, 8 Satz 1, § 4 Absatz 4 Nummer 1 und 2, § 11 Absatz 4, 6, 11, 12, 13, § 12 Absatz 4 Satz 4, § 21 Absatz 1 Nummer 2 Satz 2 und 3, § 22 Absatz 2, § 27 Absatz 2 Nummer 1a, § 32 Absatz 2 Satz 1 und 2 sowie § 34 Absatz 1

Satz 2 und 6 wird jeweils das Wort „Therapeuten“ durch das Wort „Psychotherapeuten“ ersetzt.

13. In § 1 Absatz 8 Satz 1 und 3, § 4 Absatz 4 Nummer 1 und 2, § 11 Absatz 2, 4, 9, 10, 11 und 12, § 12 Absatz 1 Satz 4 und Absatz 4 Satz 4, § 14 Absatz 1 Satz 2, § 21 Absatz 1 Nummer 2 Satz 4, § 27 Absatz 2 Nummer 1a, § 28 Absatz 1, § 32 Absatz 2 Satz 1 und 2 sowie § 33 wird jeweils das Wort „Therapeutin“ durch das Wort „Psychotherapeutin“ ersetzt.
  14. In § 1 Absatz 8 Satz 3, § 4 Absatz 4 Nummer 1, § 11 Absatz 2, 9 und 10, § 12 Absatz 1 Satz 4, § 14 Absatz 1 Satz 2, § 21 Absatz 1 Nummer 2 Satz 4, § 28 Absatz 1 sowie § 33 wird jeweils das Wort „Therapeut“ durch das Wort „Psychotherapeut“ ersetzt.
  15. In § 1 Absatz 2 und 3, § 34 Absatz 4, § 35 Satz 3 und § 36 Absatz 3 Nummer 2 werden jeweils die Wörter „zuletzt geändert am 15. September 2021 und in Kraft getreten am 1. Oktober 2021“ durch die Wörter „zuletzt geändert am 7. März 2024 und in Kraft getreten am 1. Juli 2024“ ersetzt.
- II. Die Änderung der Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Die Tragenden Gründe zu diesem Beschluss werden auf den Internetseiten des G-BA unter [www.g-ba.de](http://www.g-ba.de) veröffentlicht.

Berlin, den 15. August 2024

Gemeinsamer Bundesausschuss  
gemäß § 91 SGB V

Der Vorsitzende  
Prof. Hecken



# Tragende Gründe

zum Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses über  
eine Änderung der Psychotherapie-Richtlinie:  
Anpassungen infolge des Psychotherapeutengesetzes und  
weitere Änderungen

Vom 15. August 2024

## Inhalt

<b>1.</b>	<b>Rechtsgrundlage .....</b>	<b>2</b>
<b>2.</b>	<b>Eckpunkte der Entscheidung .....</b>	<b>2</b>
<b>2.1</b>	<b>Anpassungen infolge des geänderten Psychotherapeutengesetzes.....</b>	<b>2</b>
<b>2.2</b>	<b>Weitere Anpassungen .....</b>	<b>3</b>
<b>3.</b>	<b>Würdigung der Stellungnahmen.....</b>	<b>4</b>
<b>4.</b>	<b>Bürokratiekostenermittlung.....</b>	<b>4</b>
<b>5.</b>	<b>Verfahrensablauf .....</b>	<b>4</b>



## **1. Rechtsgrundlage**

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) regelt gemäß § 92 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 SGB V i.V.m. § 92 Absatz 6a Satz 1 SGB V das Nähere über die psychotherapeutisch behandlungsbedürftigen Krankheiten, die zur Krankenbehandlung geeigneten Verfahren, das Antrags- und Gutachterverfahren, die probatorischen Sitzungen sowie über Art, Umfang und Durchführung der Behandlung.

Gemäß 1. Kapitel § 7 Absatz 4 der Verfahrensordnung des Gemeinsamen Bundesausschusses (VerfO) soll der G-BA zudem im Rahmen seiner Beobachtungspflicht überprüfen, welche Auswirkungen seine Entscheidungen haben und begründeten Hinweisen nachgehen, dass die Entscheidungen nicht mehr mit dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse übereinstimmen.

## **2. Eckpunkte der Entscheidung**

Mit dem am 15. November 2019 beschlossenen und am 1. September 2020 in Kraft getretenen Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung wurde das Gesetz über den Beruf der Psychotherapeutin und des Psychotherapeuten (Psychotherapeutengesetz – PsychThG) grundlegend überarbeitet und die Aus- und Weiterbildung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten reformiert. Ein insgesamt fünfjähriges Direktstudium wird mit einer staatlichen psychotherapeutischen Prüfung abgeschlossen. Die Approbation (Erlaubnis zur Behandlung) wird bei bestandener Prüfung erteilt und befähigt zu einer fachpsychotherapeutischen Weiterbildung nach Weiterbildungsordnung der zuständigen Landespsychotherapeutenkammer. Dadurch ist die neue Berufsgruppe der Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten entstanden. Die Psychotherapie-Richtlinie wird an die einschlägigen Änderungen des Psychotherapeutengesetzes angepasst.

Im Zuge der Novellierung des Psychotherapeutengesetzes wird im Bereich der Psychotherapie von approbierten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gemäß § 1 Absatz 1 Satz 1 PsychThG künftig eine mindestens fünfjährige Weiterbildung zur Fachpsychotherapeutin bzw. zum Fachpsychotherapeuten auf einem der Gebiete „Psychotherapie für Kinder und Jugendliche“ oder „Psychotherapie für Erwachsene“ absolviert (Muster-Weiterbildungsordnung Psychotherapeut\*innen in der Fassung vom 24. April 2021, zuletzt geändert am 18. und 19. November 2022). Die neue Berufsgruppe wird zusätzlich zu den ärztlichen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie den Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten und Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in die Psychotherapie-Richtlinie (PT-RL) aufgenommen. Zudem werden sprachliche Anpassungen an das aktuelle Weiterbildungsrecht und PsychThG vorgenommen.

### **2.1 Anpassungen infolge des geänderten Psychotherapeutengesetzes**

Die neue Berufsgruppe der Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten wird in die §§ 1, 32, 35 und 36 aufgenommen.

Der Begriff „Therapeutin/Therapeut“ wird durch den Begriff „Psychotherapeutin/Psychotherapeut“ ersetzt. Grundlage dafür ist die gesetzlich geschützte Berufsbezeichnung „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“ nach § 1 Absatz 1 PsychThG, die auch von entsprechend weitergebildeten Ärztinnen und Ärzten, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten sowie Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verwendet werden kann. Abweichend von der

Definition im § 1 Absatz 1 PsychThG, wonach das Führen der Berufsbezeichnung der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten mit Approbation möglich ist, werden in dieser Richtlinie nur diejenigen vom Begriff „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“ umfasst, die über die Genehmigung zur Ausführung und Abrechnung psychotherapeutischer Leistungen nach § 15 PT-RL als persönliche Leistung verfügen.

Die Verweise in § 20 auf das geänderte Psychotherapeutengesetz vom 15. November 2019, in Kraft getreten am 1. September 2020, werden angepasst.

Die Formulierung in § 20 Absatz 1 wird sprachlich angepasst; es erfolgt keine inhaltliche Änderung. Zentrale Voraussetzung für eine Anerkennung eines neuen Psychotherapieverfahrens im Sinne der PT-RL ist, wie bisher, eine Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie nach § 8 PsychThG zur wissenschaftlichen Anerkennung eines Psychotherapieverfahrens und zur Weiterbildung in diesem Psychotherapieverfahren für die psychotherapeutische Versorgung von Erwachsenen oder von Kindern und Jugendlichen (vgl. Kapitel III im Methodenpapier 3.0 des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie nach § 8 PsychThG in der Fassung vom 09.10.2023).

Beratungen über eine mögliche Anpassung der Richtlinie aufgrund der Ergänzung in § 92 Absatz 6a Satz 2 SGB V durch das Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (BGBl. I 2021, S754) werden zeitnah aufgrund des vom hiesigen Beratungsgegenstand abgrenzbaren Regelungsgehalts aufgenommen.

## **2.2 Weitere Anpassungen**

Sämtliche Verweise in der Psychotherapie-Richtlinie auf die Psychotherapie-Vereinbarung werden aufgrund der geänderten Fassung der Psychotherapie-Vereinbarung vom 7. März 2024, in Kraft getreten am 1. Juli 2024, angepasst.

In § 25 wird eine sprachliche Anpassung vorgenommen, eine inhaltliche Änderung erfolgt nicht. Verbale Interventionen können im Rahmen der Psychosomatischen Grundversorgung, wie bisher auch, nur von Ärztinnen und Ärzten durchgeführt werden.

Mit der Änderung in § 32 Absatz 1 wird klargestellt, dass neben den Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeutinnen auch Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten für Erwachsene oder Fachpsychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten für Kinder und Jugendliche dazu verpflichtet sind, vor Beginn der Richtlinienpsychotherapie einen Konsiliarbericht einzuholen (§ 28 Absatz 3 Satz 3 SGB V). Ärztliche Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können bei Bedarf einen Konsiliarbericht von einem Konsiliararzt anfordern, sind dazu aber nicht verpflichtet.

Die Übergangsregelung bezüglich der Qualifikation von Gutachterinnen und Gutachtern in § 36 Absatz 1 Satz 2 und 3 wird gestrichen, da der entsprechende Bestellzeitraum abgelaufen ist.

In § 36 Absatz 3 Nummer 4 und § 40 Nummer 2 wird der Begriff „befugten Weiterbildungsverband“ durch den Begriff „zugelassenen oder ermächtigten Weiterbildungsstätte“ ersetzt und der Klammerzusatz gestrichen. Dies entspricht den Vorgaben sowohl der „Muster-Weiterbildungsordnung Psychotherapeut\*innen“ in der Fassung vom 24. April 2021 (zuletzt geändert am 18. und 19. November 2022) als auch der „(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018“ der Ärztinnen und Ärzte in der Fassung vom 14. Juni 2024. Vom Begriff der Weiterbildungsstätte sind alle für die Weiterbildung zugelassenen oder ermächtigten Einrichtungen gemäß § 13 Muster-Weiterbildungsordnung

Psychotherapeut\*innen bzw. gemäß § 6 (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 der Ärztinnen und Ärzte umfasst. Dies schließt auch weiterhin sogenannte Weiterbildungsverbände (gemeinsame Erteilung der Weiterbildungsbefugnis nach § 11 Absatz 5 Muster-Weiterbildungsordnung Psychotherapeut\*innen bzw. nach § 5 Absatz 4 (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 der Ärztinnen und Ärzte) ein.

Der Evaluationsauftrag in § 41 gemäß Beschluss vom 16. Juli 2015 wird gestrichen, da dieser abgeschlossen ist.

### 3. Würdigung der Stellungnahmen

Der Regelungsgegenstand beinhaltet im Wesentlichen die sprachliche Umsetzung einer rechtlichen Vorgabe aus dem Psychotherapeutengesetz. Mit der auf 14 Tage verkürzten Stellungnahmefrist soll eine möglichst zügige Synchronisierung der Psychotherapie-Richtlinie mit der Psychotherapie-Vereinbarung, in der die Umsetzung bereits erfolgt ist, gewährleistet werden.

Der G-BA hat die schriftlichen Stellungnahmen ausgewertet und in die Entscheidung einbezogen. Von einer Anhörung wurde nach 1. Kap. § 12 Abs. 2 S. 2 VerFO abgesehen, da die Stellungnahmeberechtigten auf ihr Recht zur mündlichen Stellungnahme verzichtet haben. Im Ergebnis der Auswertung wurden Änderungen im Beschlussentwurf vorgenommen.

Das Stellungnahmeverfahren, inklusive der daraus im Beschlussentwurf folgenden Änderungen sind in Kapitel C der Zusammenfassenden Dokumentation abgebildet.

### 4. Bürokratiekostenermittlung

Durch den vorgesehenen Beschluss entstehen keine neuen bzw. geänderten Informationspflichten für Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer im Sinne von Anlage II zum 1. Kapitel VerFO und dementsprechend keine Bürokratiekosten.

### 5. Verfahrensablauf

Datum	Gremium	Beratungsgegenstand/Verfahrensschritt
05.03.2024	UA PPV	Einrichtung der AG PT-RL und Beauftragung dieser mit Anpassungen der PT-RL infolge des Psychotherapeutengesetzes
02.07.2024	UA PPV	UA PPV, schriftlicher Beschluss: Einleitung des Stellungnahmeverfahrens (Stellungnahmefrist: 14 Tage)
30.07.2024	UA PPV	Würdigung der schriftlichen Stellungnahmen und abschließende Beratung zur Vorbereitung der Beschlussfassung durch das Plenum
15.08.2024	G-BA	Abschließende Beratungen und Beschluss über eine Änderung der Psychotherapie-Richtlinie

Berlin, den 15. August 2024

Gemeinsamer Bundesausschuss  
gemäß § 91 SGB V  
Der Vorsitzende

Prof. Hecken